

Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat»

AZB 5332 Rekingen Werbepreis Fr. 3.– / Jahresabo Fr. 45.– Erscheint monatlich Nr. 9 September 2001 36. Jahrgang

Démocrate  Suisse
Pages 13–15

40 Jahre SD/NA – eine Erfolgsgeschichte

Ansprache von Nationalrat Bernhard Hess (SD, Bern) anlässlich der 40-Jahre-Jubiläumsfeier der Schweizer Demokraten (SD/NA) vom 1. August 2001 auf dem Nollen/TG



*Bernhard Hess,
Nationalrat
und SD-
Zentral-
sekretär, Bern*

*Liebe Schweizer Demokratinnen
und Schweizer Demokraten
geschätzte Freunde, Sympathisanten
und Gäste*

Bereits zum siebten Mal darf die Schweiz dieses Jahr den 1. August als im ganzen Land offiziellen, in der Bundesverfassung verankerten arbeitsfreien Nationalfeiertag begehen. Etwas, das eigentlich selbstverständlich ist, musste bekanntlich durch uns Schweizer Demokraten hart – letztlich sogar mit einer Volksinitiative – erkämpft werden, weil die regierenden Parteien (wie in vielen anderen Fällen) den Puls des Volkes nicht spürten. Dafür dürfen wir uns umso mehr über diese unsere Errungenschaft freuen.

Scheuen wir uns nicht, unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern immer wieder in Erinnerung zu rufen, wem sie den arbeitsfreien Nationalfeiertag verdanken.

Am Bundesfeiertag gedenken wir der Entstehung und der Geschichte der Schweizerischen Eidgenossenschaft, die mit ihrer direkten Demokratie beispiellos dasteht. Aufgabe des Nationalfeiertages ist es, das gemeinsame Staatsbewusstsein zu stärken, sich der vorhandenen Probleme bewusst zu werden und den Willen zu deren Lösung zu stärken.

Wir Schweizer Demokraten setzen uns für die Schweiz ein, weil wir unsere Heimat lieben und sie auch für künftige Generationen lebenswert erhalten wollen.

Eine Bestandesaufnahme der gegenwärtigen innenpolitischen Situation unseres Landes ergibt jedoch leider ein wenig erfreuliches

Bild. Ich kann an dieser Stelle nur auf zwei Bereiche kurz eingehen:
• Von allergrösster Bedeutung für die Zukunft unseres Landes ist die aussenpolitische Kursrichtung:

Nein zum UNO-Beitritt

Wir Schweizer Demokraten sprechen uns klar gegen einen UNO-Beitritt aus. Denn eine UNO-Mitgliedschaft ist mit der Neutralität, wie sie der schweizerischen Auffassung entspricht, nicht vereinbar. Die Mitwirkungsrechte der Schweiz in der UNO, die dem Diktat der Grossmächte mit Vetorecht unterliegt, bleiben auch nach einem Beitritt unbedeutend.

Kein strategischer EU-Beitritt

Trotz überwältigender Ablehnung der Initiative «Ja zu Europa» hält der Bundesrat bekanntlich unbelehrbar an seinem strategischen Ziel des EU-Beitritts fest. Bei Unterbreitung einer entsprechenden Vorlage dürfte ihm wiederum die Mehrheit des Parlaments sicher sein. Der Wille von Volk und Ständen wird einmal mehr krass missachtet.

Man kann angesichts der andauernden EU-Propaganda der Bundesverwaltung selbst – notabene mit Steuergeldern – sowie vieler Medien nicht genug wiederholen, was ein EU-Beitritt für die Schweiz bedeuten würde:

Unser Land müsste sich letztlich als souveräner Staat aufgeben und in weiten Teilen einer neuen Fremdherrschaft unterwerfen. Dies werden wir von den Schweizer Demokraten mit aller Kraft bekämpfen.

Vor 710 Jahren legten die alten Eidgenossen das Fundament für die Entwicklung eines Staatswesens, dem Freiheit und Unabhängigkeit stets die wichtigsten Staatsmaximen waren. Die Eidgenossenschaft verdankt ihre Entstehung und ihren Fortbestand über Jahrhunderte hinweg letztlich nur dem Freiheits- und Unabhängigkeits-

SD: Klare Absage an Terrorismus

Die Schweizer Demokraten (SD) sind tief erschüttert über die schrecklichen Terroranschläge in New York und Washington, welche offensichtlich radikalislamischen Fanatikern zugerechnet werden müssen. Es ist jetzt an der Zeit, dass unsere Behörden dem Terrorismus eine unwiderrufliche Absage erteilen. Keinesfalls darf zugelassen werden, dass skrupellose Mörder hierzulande Unterschlupf finden. Die unserem Nachrichtendienst bekannten Terrororganisationen sollten nach Ansicht der SD beobachtet und verboten werden, denn auch die Schweiz ist gegen vergleichbare Terroranschläge nicht gefeit.

Die Politikerinnen und Politiker, welche die Schweiz als Einwanderungsland propagieren und für noch mehr Einwanderung werben, sollten sich im stillen Kämmerchen endlich ihre Gedanken darüber machen, was sie bis heute mit ihrer Politik der Immigration (auch aus ganz fremden Kulturkreisen) angerichtet haben. Elemente fremder Kulturen wie die Todesverachtung, die bei fanatischen Moslems immer wieder in Erscheinung tritt, können – wie man sieht – sehr gefährlich werden und uns Tod und Verderben bringen.

SD-Geschäftsleitung

willen der Gründungsväter und der vielen folgenden Generationen. **Die EU dagegen strebt die politische Union an, was zwangsläufig den Verlust der staatlichen Selbstständigkeit der Mitgliedsländer bedeutet.** Unsere Regierung will uns also den Untergang des eigenen Landes als souveräne Nation schmackhaft machen. Tragende Säulen unseres Staates, welche in wesentlichem Masse zur schweizerischen Identität gehören, sollen geopfert werden:

– Unsere zentralen Errungenschaften der **direkten Demokratie** – nämlich die Volksrechte Initiative und Referendum – sowie der Föderalismus würden in der EU massiv abgebaut oder in Teilreichen ganz **abgeschafft**. Eine Initiative gegen die Überfremdung wäre z. B. nur noch sehr beschränkt möglich. Stattdessen hätten wir uns in weiten Bereichen dem Diktat aus Brüssel mit neuen fremden Richtern zu beugen.

– Die **verbriefte Neutralität** als wesentlicher Pfeiler der souveränen Eidgenossenschaft würde durch das immer stärkere aussenpoliti-

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 3 40 Jahre SD/NA
- 4 Leben und Umwelt
- 6 Vermummte Schweizer in Genua
- 8 Veranstaltungskalender
- 9 Aus den Kantonen
- 11 Generelle Betrachtungen der EU und der UNO
- 12 Der Leser hat das Wort

40 Jahre SD/NA – eine Erfolgsgeschichte

Fortsetzung von Seite 1

sche Engagement der EU **ausgehöhlt und verunmöglicht**.
– Ein neuer Einwanderungsschub als Folge des freien Personenverkehrs – neu auch aus Osteuropa – muss befürchtet werden. Die Schweiz mit ihrem hohen Lohnniveau, der (verglichen mit der EU) geringen Arbeitslosigkeit und der sozialen Stabilität übt eine grosse Anziehungskraft aus, auch wenn diese Tatsache von offizieller Seite bagatellisiert wird. Millionen von Arbeitssuchenden (EU: 15 Millionen Arbeitslose) könnten in unser bereits stark überfremdetes und übervolkeres Land einwandern, ohne dass wir uns dagegen wehren dürften. Als Folge davon würden zwangsläufig die Löhne sinken und die Arbeitslosigkeit noch weiter anwachsen.

Die Liste der weiteren negativen politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen eines EU-Beitritts ist lang:

– Das **Bauernsterben** ginge in rasantem Tempo weiter. Dies wäre für eine minimale eigene Lebensmittelversorgung und die Landschaftspflege katastrophal.
– Dem **Ausverkauf unseres kostbaren Heimatbodens** wären ebenfalls keine Grenzen mehr gesetzt.
– Der **Mehrwertsteuersatz** in der EU liegt bei mindestens **15 Prozent**, in mehreren EU-Staaten sogar bei 20 oder mehr Prozent. Eine entsprechende Erhöhung bei uns wäre unabwendbar, um die Milliardenzahlungen der Schweiz nach Brüssel zu finanzieren.

– Ganz zu schweigen von der riesigen **Verkehrslawine** mit schweren Lastwagen, die unser Land schon heute überrollen und unsere Umwelt noch weiter schwer belasten würden. Anlässlich des Abstimmungskampfes über die bilateralen EU-Verträge haben wir vor diesem Umstand eindringlich gewarnt – damals wollten uns aber 2/3 des Stimmvolkes keinen Glauben schenken.

Mit anderen Worten: **Sowohl beim UNO- wie auch beim EU-Beitritt geht es in den kommenden Jahren um die Substanz unserer Willensnation – um die Frage, ob die Schweiz langfristig als selbständiger Staat, dessen Bürgerinnen und Bürger in freier Entscheidung ihre Zukunft selbst gestalten können, bestehen bleibt oder ob sie letztlich zu einem Verwaltungsbezirk in einem zentralistischen Grosseuropa oder im Falle eines UNO-Vollbeitritts zu einem Erfüllungshelfen der Grossmacht USA verkommt.**

Die viersprachige Schweiz ist als unabhängige, selbständige und wirtschaftlich starke Willensnation sehr wohl überlebensfähig. Der sogenannte «Alleingang» bedeutet

kein Einigeln, sondern die Pflege guter Beziehungen mit andern Ländern unter Bewahrung der eigenen Identität und Souveränität, selbstbewusst und im Wissen um die eigenen Stärken. Wir wollen nicht die zentralistische, bürokratische EU, sondern ein Europa von unabhängigen, in freundschaftlicher Beziehung lebenden Ländern – ein Europa der Vaterländer.

• **Stichworte Überfremdung, Übervolkerung, Ausländer- und Asylpolitik:**

Mit schöner Regelmässigkeit werden die neusten Ausländer- und Asylstatistiken veröffentlicht. Die Inhalte kennen Sie: Trotz der jahrelang wiederholten Versprechungen des Bundesrates, den Ausländerbestand mindestens zu stabilisieren, hält die Einwanderung laufend an. In praktisch keinem Land Europas leben so viele Ausländer wie in der Schweiz. Ende Dezember 2000 belief sich die ständige ausländische Wohnbevöl-

laufend die Übervolkerung und damit die Umweltbelastung unseres kleinen, schon lange übervolkeren Landes. Der ungebremsten Zuwanderung ist deshalb endlich Einhalt zu gebieten.

Im Gegensatz zu den sogenannten «Grünen», die einerseits von Umweltschutz reden und andererseits möglichst viele Einwanderer hereinlassen möchten, vertreten wir Schweizer Demokraten eine umfassende Umweltpolitik, die auch das Bevölkerungswachstum mit einbezieht. Bei ständig wachsender Bevölkerung, d. h. ohne Beschränkung der Einwanderung, bleibt ein wirksamer Umweltschutz ein Wunschtraum, weil mehr Menschen zwangsläufig die Umwelt stärker belasten.

In verschiedenen weiteren Bereichen sind wir ebenfalls mit erheblichen Problemen konfrontiert, für welche die Regierungsparteien letztlich die Verantwortung tragen oder die sie mindestens nicht in den Griff bekommen. Als Stich-



Fahnschwingen und Alphornblasen anlässlich der SD-Jubiläumsfeier

kerung auf **13'840'382** Personen oder 19,3 Prozent. Dies waren – trotz Rekord-Einbürgerungen von 30'452 – 15'712 Personen mehr als im Vorjahr.

Wenn man die in der Statistik nicht berücksichtigten Saisoniers, Kurzaufenthalter, internationalen Funktionäre und Asylbewerber mitzählt, so beträgt der Ausländeranteil über 23 Prozent.

Im Asylbereich hat sich die Situation nach dem Kosovo-Konflikt zwar etwas entspannt, doch haben allein im Monat Juli wiederum 1952 Personen in der Schweiz ein Asylgesuch eingereicht. **Nach wie vor ist die grosse Mehrheit nicht an Leib und Leben bedroht, sondern versucht die Einwanderungsbeschränkungen zu umgehen.** Noch immer sind die Missbräuche des Asylrechts sehr zahlreich.

Abgesehen von den immer schwierigeren sozialen und wirtschaftlichen Folgen dieser Entwicklung – Stichworte: Integrationsprobleme, Überfremdung, Konkurrenzierung der Einheimischen auf dem Arbeitsmarkt usw. – verschärft sich

worte seien genannt: Kriminalität, Arbeitslosigkeit, Finanzmisere, Drogenpolitik etc.

Landauf, landab ärgern sich sehr viele Mitbürgerinnen und Mitbürger seit Jahren zu Recht über diese und andere Missstände. Dem Bundesrat und dem Parlament wird wenig Vertrauen entgegengebracht. Trotzdem bleiben die Kritiker bei den alles entscheidenden eidgenössischen Wahlen leider **entweder zu Hause** oder aber – was noch viel schlimmer ist – sie wählen wieder eine der Bundesratsparteien, über die sie doch eigentlich unzufrieden sind und die mit ihrem Versagen viele Probleme selbst verschuldet haben. Deshalb braucht man sich nicht zu wundern, dass die grundsätzliche politische Kursrichtung nicht ändert. Bereits jetzt müssen die Wahlen 2003 vorbereitet werden. Ich rufe Sie deshalb auf: Machen Sie all jenen Verwandten und Bekannten, die «mit denen in Bern» nicht zufrieden sind, klar, dass die entscheidenden Weichen bei den Nationalratswahlen gestellt werden. **Es**

genügt nicht, einzelne – wenn auch teilweise sehr wichtige – Vorlagen von Bundesrat und Parlament abzulehnen. Damit kann nur ein wenig gebremst werden, die Kursrichtung bleibt jedoch die gleiche. Etwas später versuchen die Regierenden es von neuem, in der Hoffnung, das Volk werde müde oder man habe es genügend mit Propaganda beeinflussen können.

Es bringt ohne Zweifel auch nichts, die Faust im Sack zu machen und zu meinen, es nütze ja doch alles nichts. Der Gang an die Wahlurne ist letztlich viel wichtiger als die Teilnahme an den meisten Sachabstimmungen. In einer Demokratie hat eben jedes Volk die Behörden, die es selbst wählt. Die Wahlen sind auch bei uns die wichtigsten Weichenstellungen.

Nur wenn die Schweizer Demokraten mehr Sitze gewinnen, dann ändert die Kursrichtung in Bern in unserem Sinne. Zusammen mit unseren Freunden von der Lega dei Ticinesi konnten wir in den vergangenen 10 Jahren erstaunlich viel bewegen:

• Am heutigen Tag nenne ich natürlich mit grosser Freude zuerst nochmals unsere **1.-August-Initiative**, die am 26. September 1993 mit einem Rekord-Ja-Stimmenanteil von 83,8 % angenommen wurde. Nur ganz wenige Volksinitiativen erreichen das doppelte Mehr von Volk und Ständen. Die Schweiz hat den arbeitsfreien 1. August einzig den Schweizer Demokraten zu verdanken.

• Am 25. Juni 1995 brachten wir praktisch im Alleingang die **Lockerung der Lex Friedrich** zu Fall. Dies ist ein absoluter Grosserfolg. Das Volk lehnte nicht nur den Ausverkauf des Schweizer Heimatbodens ab, sondern setzte erneut ein klares Signal gegen die EU-Politik des Bundesrates.

• Unser äusserst aktiver Einsatz stellte am 6. Dezember 1992 einen massgeblichen Beitrag zur **Ablehnung des EWR-Vertrags** dar, der einen entscheidenden Schritt in Richtung EU-Beitritt bedeutet hätte.

• Am 21. Januar 1994 konnte die SD/Lega-Fraktion die Volksinitiative **«EU-Beitrittsverhandlungen vors Volk!»** einreichen. Das Volksbegehren verlangte bekanntlich, dass sämtliche zum Zeitpunkt seiner Annahme eingeleiteten Beitrittsverhandlungen mit der EU abgebrochen werden müssen. Neue Verhandlungen könnten nur mit Zustimmung von Volk und Ständen aufgenommen werden. Eine für die Zukunft unseres Landes derart existenzielle Entscheidung müsse vom Souverän selbst getroffen werden. Dank dieser Initiative waren dem Bundesrat vorläufig die Hände gebunden, sie war grober Sand im bundesrätlichen EU-Getriebe, auch wenn diese Initiative am 8. Juni 1997 mit 1/3 Zustimmung einzig einen Achtungs-

Fortsetzung Seite 3

40-jähriges Bestehen der SD gefeiert

SD/He. Am 1. August feierten wir Schweizer Demokraten/NA unser 40-jähriges Bestehen auf dem Nollen. Die perfekte Organisation lag bei der SD-Sektion Wil und Umgebung.

Gegen 400 Patriotinnen und Patrioten nahmen an der Veranstaltung teil, die mit einem Fahnenschwinger und der Alphorngruppe Sonnenberg, dem Jodlerclub Wil und der Ländlerkapelle Toggenburger Gruss feierlich umrahmt wurde.

Aus den Ansprachen von SD-Zentralpräsident und alt-Nationalrat Rudolf Keller und Zentralsekretär und Nationalrat Bernhard Hess sowie der 2. Vizepräsidentin Lonny Flückiger kam unmissverständlich zum Ausdruck, dass für die Schweizer Demokraten ein UNO- EU-

und NATO-Beitritt nie in Frage kommt. Die Redner wandten sich zudem – getreu dem SD-Parteiprogramm gegen die Überfremdung, Übervölkerung und gegen den Asylrechtsmissbrauch.

Versteigerung füllt die Parteikasse

Für Spannung am feierlichen Anlass sorgte die Versteigerung von zwei wertvollen Zinntellern, einer alten Hellebarde und eines bejahrten Vorladergewehrs (beide gespendet durch alt-Nationalrat



Fortsetzung von Seite 2

erfolg erzielen konnte. Ihnen und mir ist zudem unser **Referendumskampf** «David gegen Goliath» gegen die schweizfeindlichen **bilateralen EU-Verträge** vom vergangenen Jahr noch lebhaft in Erinnerung. Hier haben insbesondere die AUNS ihre Hausaufgaben nicht gemacht.

- Unsere Partei konnte am 12. Juni 1994 einen weiteren **Grosserfolg** verbuchen, indem sowohl die **erleichterte Einbürgerung** als auch die **UNO-Blauhelme** und der **Kulturartikel** abgelehnt wurden. Bei der erleichterten Einbürgerung kämpften wir wiederum alleine, das erfolgreiche Blauhelm-Referendum hatten wir zusammen mit unseren Lega-Freunden zustande gebracht.

- Im Bereich der **Ausländer- und Asylpolitik** können wir ebenfalls – allerdings bescheidene – **Erfolge** vorweisen. Vor allem dank unseres jahrelangen politischen Drucks wurden 1994 die **Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht** erlassen. Die am 6. Juli 1992 eingereichte **SD-Initiative «für eine vernünftige Asylpolitik»** bildet dabei einen wesentlichen Faktor. Weil die Regierungsparteien offensichtlich Angst vor dem Volksbegehren haben, haben sie es nun wegen angeblicher Verletzung von Völkerrecht als ungültig erklärt, obwohl die Bundesverfassung einen solchen Ungültigkeitsgrund gar nicht vorsieht.

- Leider scheiterte unsere **Volksinitiative «Masshalten bei der Einwanderung»** 1997 knapp im Sammelstadium.

- **Wie sähe im Übrigen die kleine Schweiz aus, wenn es die Schweizer Demokraten nie gegeben hätte?** Nur dank unseres unermüdlichen Kampfes gegen die ungebremste Einwanderung und gegen den Asylanstrom leben nicht bereits **2 Millionen Ausländer** oder mehr in unserem Land. Sie sehen: **Wir Schweizer Demo-**

kraten sind eine erfolgreiche Partei. Auch im Nationalrat hatten wir mit verschiedenen Vorstössen direkt oder indirekt Erfolg. Insbesondere dank der direktdemokratischen Instrumente Initiative und Referendum kann auch eine kleinere Partei viel bewirken und den Regierenden die Suppe bisweilen gehörig versalzen.

Es kommt nicht von ungefähr, dass der Bundesrat diese Volksrechte einschränken will. Offensichtlich hat er Mühe, gewisse Volksentscheide, die ihm nicht passen, zu akzeptieren. Anstatt jedoch seine Politik zu ändern, will er die Kompetenzen des Volkes beschneiden. **Es ist selbstverständlich, dass wir uns gegen solche undemokratischen Manöver mit aller Kraft zur Wehr setzen werden.**

Wir können zusammen mit unseren Lega-Freunden noch viel mehr erreichen, wenn wir in der Bundesversammlung wieder mit einer gemeinsamen Fraktion vertreten sind. Unsere Vorstösse und Anträge finden um so mehr Beachtung, je stärker wir sind. Handeln ist gefragt, nicht bloss schöne Lippenbekennnisse vor Wahlen ohne nachfolgende Taten, wie dies bei gewissen rechtsbürgerlichen Kreisen der Fall ist.

Deshalb mein Aufruf an Sie alle: **Bewegen Sie möglichst viele Mitbürgerinnen und Mitbürger, die mit der Politik von «Bern» unzufrieden sind, dazu, bei den Schweizer Demokraten aktiv mitzumachen. Wir sind die einzige Partei, die wirklich für unser Land als lebenswerte Heimat auch für künftige Generationen einsteht.**

Sagen wir es an die Adresse unserer politischen Gegner einmal mehr klar und deutlich: Wir wollen freie Schweizer in einer freien Heimat bleiben! Kämpfen wir dafür mit Mut, Zuversicht und Selbstbewusstsein.

Es lebe die freie Schweiz! Vive la Suisse libre! Eviva la Svizzera libera!

Jodlerclub

Hannes Steffen!). Die Versteigerung, welche immerhin 3'300 Franken einbrachte, diente gleichzeitig dazu, die Zentralkasse etwas aufzubessern.

Rückblick auf 40 Jahre

Einen Rückblick auf die 40 Jahre des Bestehens der Schweizer Demokraten/NA gab alt Gemeinderat Christoph Spiess aus Zürich. Zum Abschluss der Feier sangen die Mitglieder und Freunde der SD gemeinsam mit dem Jodlerclub Wil die Nationalhymne.

Die SD-Parteileitung möchte es hiermit nicht unterlassen, der SD-Sektion Wil und Umgebung und insbesondere alt SD-Gemeinderat Hans Wohlwend ganz herzlich für die tadellos Organisation des unvergesslichen Anlasses ganz herzlich zu danken.



Bernhard Hess und Rudolf Keller



Hans Wohlwend

Hannes Steffen SD-Ehrenmitglied



Leider verweilt alt-Nationalrat Hannes Steffen überraschend im Spital. So konnte das langjährige, treue SD/NA-Mitglied für seine überragenden Verdienste leider nicht persönlich aus den Händen von Rudolf Keller die SD-Ehrenmitgliedschaft entgegennehmen. Die SD danken Hannes Steffen für seinen langjährigen, grossartigen Einsatz zu Gunsten der Partei.



Leben und Umwelt

UNO kritisiert Schweizer Drogen-Politik

Die UNO kritisiert in ihrem jüngsten Drogenbericht die Schweizer Gesetzgebung. Die Schweiz werde neben den Niederlanden zu einer wichtigen Quelle von Cannabis, heisst es. Der Anbau und Verkauf von Cannabis sei in der Schweiz ein nicht zu missachtender Tätigkeitssektor in der Grauzone, schreibt die internationale Kontrollkommission für Drogen. Die geplante Liberalisierung durch den Bundesrat im Rahmen der Revision des Betäubungsmittelgesetzes könnte das Problem noch verschlimmern. Die UNO fordert den Bundesrat auf, keine Straffreiheit für den Konsum von Cannabis zu

erlassen. Es ist nicht das erste Mal, dass die UNO in einem ihrer Berichte die Schweizer Drogenpolitik kritisiert. Die geplante Straffreiheit für den Konsum von Cannabis-Produkten bedeutet – zusammen mit Holland – einen Alleingang der Schweiz gegen den Rest der Welt! Gerade im Vorfeld der Debatte um einen Beitritt der Schweiz zur UNO passt eine solche Politik sehr schlecht in die Landschaft. Cannabis ist kein harmloses Genussmittel, das medizinisch auf die gleiche Stufe wie Alkohol oder Tabak gestellt werden kann.

Schweizer Ärzte gegen Drogen

Projekt Wolf Schweiz zieht erste Bilanz



Wolf

(Bild: Pro Natura)

(sda) Im Konzept Wolf Schweiz bleibt die Schadensverhütung im Vordergrund. Ein Dutzend vom Bund bezahlte Hirten schützen diesen Sommer die Schafherden auf Risiko-Alpen vor dem Raubtier. Erste Pilot-Erfahrungen im Wallis sind positiv. Zwar bezahlte der Wolf von Evolène seinen Appetit auf Schafe im vergangenen Jahr mit dem Leben. Von Mitte Juli bis zu seinem Abschuss am 25. August konnte er jedoch keinen Schaden mehr anrichten. Zwei Hirten des Projektes Wolf Schweiz und ein elektrisches

Gehege hielten das Tier erfolgreich von weiteren Raubzügen ab. Schafhirten schreckten nicht nur Wölfe ab, sondern verminderten auch die Verluste durch Unfälle oder Angriffe von Hunden, zog Projektleiter Jean-Marc Weber Bilanz. Nebst 7 Hirten waren im vergangenen Jahre 25 Schutzhunde sowie Esel im Einsatz. Das 1999 lancierte Pilotprojekt läuft drei Jahre. Die Massnahmen im Rahmen des Projektes Wolf Schweiz lässt sich der Bund 1,3 Millionen Franken kosten. Rund 40 Prozent davon

fließen in die Anstellung von Hirten und die Anschaffung von Schutzhunden.

Bund setzt auf Kooperation

Die Schweiz müsse ihren Beitrag zur Erhaltung einer Wolfspopulation leisten, erklärte Willy Geiger, Vizedirektor des Bundesamtes für Umwelt, Wald und Landschaft (BUWAL). Das europaweit geschützte Tier könne sich aber nur dauerhaft ansiedeln, wenn Alpenbewohner, Schafzüchter und Jäger dessen Nachbarschaft tolerierten. Das BUWAL setzt mit dem Konzept Wolf Schweiz, das sich gegenwärtig bei den Kantonen in der Vernehmlassung befindet, nebst Schadenverhütung und -vergütung auf Information und Kooperation. So sollen die Kantone die Kompetenz erhalten, den Wolf zum Abschuss freizugeben, wenn er mehr als 50 Tiere gerissen hat.

Skepsis im Wallis

Im Wallis bleibt die Skepsis gegenüber dem Wolf gross, auch wenn man sich gerne von der Effizienz der Schutzmassnahmen

überzeugen lasse, sagte Staatsrat Jean-René Fournier. Zu begrüssen sei die Einsicht der Bundesbehörden, ein «gesundes Gleichgewicht» erhalten zu wollen. Fragezeichen setzte Fournier bei der Nachhaltigkeit und langfristigen Finanzierung der Schutzmassnahmen. Das Wallis will zusammen mit den Tessiner und Bündner Behörden eine gemeinsame Linie entwickeln.

Kritik von Pro Natura

Heftige Kritik übt Pro Natura am Konzept Wolf Schweiz. Die Schweiz schütze auf dem Papier eine gefährdete Tierart und gebe sie in der Praxis zur Ausrottung frei, schreibt der Umweltverband in einem Communiqué. Die Abschussbewilligung ab 50 gerissener Tiere sei skandalös. Offenbar habe sich die Haltung der Schafzüchter durchgesetzt, die ihre Herden während Wochen praktisch unbewacht auf den Alpen weiden liessen. Diese «mit Steuergeldern geförderte Schafhaltung» verursache gravierende Landschaftsschäden und provozieren die Angriffe durch den Wolf geradezu.

Verbauung der Schweiz schreitet voran!

(jhd.) Die Verbauung der Schweiz schreitet trotz Rezession der Neunzigerjahre praktisch ungebremst voran, wie aus der schweizerischen Arealstatistik 1992/97 hervorgeht.

Die Siedlungsflächen haben innert 12 Jahren um 327 Quadratkilometer zugenommen, was mehr als die Fläche des ganzen Kantons Schaffhausen ausmacht. Jede Sekunde werden in der Schweiz 4 Quadratmeter freies Land überbaut! Besonders gravierend ist der Verlust an Kulturland. Pro Jahr verschwinden davon 40 Quadratkilometer, täglich 10 Hektaren oder pro Sekunde 1,3 Quadratmeter. Hauptursache für diese Überbauung ist das anhaltende Bevölkerungswachstum, das ausschliesslich

durch die Einwanderungsbewegung zu Stande kommt. Wird daran nichts geändert, ist guter Rat teuer. Ausgerechnet der eidgenössische Chefbeamte, der für den Landschaftsschutz zuständig ist, Direktor des Bundesamtes für Raumentwicklung Pierre-Alain Rumley, sieht das allerdings nicht ein. In einem Interview mit dem Tagesanzeiger Zürich verkündet er die Weisheit, «trotz geringem Bevölkerungswachstum» gehe die Verbauung der Schweiz weiter. Dabei ist die Wohnbevölkerung der Schweiz auch während der Neunzigerjahre substantiell angewachsen, nämlich jährlich um ungefähr ein Prozent! Das entspricht Zuständen wie in einem Entwicklungsland!

Anglisierung und Umweltzerstörung Hand in Hand!

Es gibt Leute, welche die forcierten Bestrebungen einer hintergründigen Politmafia, die Schweiz in ein englischsprachiges Land zu verwandeln, für ein verhältnismässig unwichtiges Problem halten. Sie sind im Irrtum. Die Anglisierung, als geistige Überfremdung, geht Hand in Hand mit Plänen für riesige Überbauungen, welche die letzten Reste unberührter Landschaften in der Schweiz wie Schnee an

der Sonne schmelzen lassen und die Umwelt belasten, nicht zuletzt auch deshalb, weil sie nur mit Einwanderern gefüllt werden können, die ihrerseits wieder mehr Wohnungen, mehr Arbeitsplätze, mehr Verkehrsraum, mehr von allem brauchen. Es sind dieselben Leute, die Schlagwörter wie «Downtown Switzerland» und «Unique Airport» (einzigartiger Flughafen!) erfinden, die auch Dinge wie

«Eurogate» (selbstverständlich auszusprechen jurogait wie ju-bies) in Zürich oder «Swiss Marina» in Rorschach planen. Nun soll der Schweizer Jurabogen tatsächlich auch noch «swatch valley» genannt werden! Lächerlicher geht es nicht mehr! Alles ist angeblich nur noch «top» und «best». Nur nebenei sei bemerkt, dass Ausdrücke wie «Downtown Switzerland» oder «Unique Airport» die übrige Schweiz und sogar halb Europa beleidigen, indem sie sie zur hinterwäldlerischen Provinz zu erklären versuchen. Man könnte auch von schweizerfeindlichem Rassismus sprechen. Die Unterwürfigkeit gegenüber dem Ausland, insbesonde-

re auch unserer Behörden, kennt keine Grenzen mehr, mit dem Ergebnis, dass unsere Soldaten im eigenen Land von jungen Einwanderern abgeschlagen werden und unsere militärischen Führungsspitzen ihnen keine anderen Ratschläge erteilen, als sie sollten die Flucht ergreifen, um die Ausländer nicht zu «provizieren»! Grundproblem ist ein Verlust an Selbstachtung, der mit grosssprecherischen Schlagworten und Plänen für Grossüberbauungen kompensiert werden muss. Es ist der Verlust an nationaler Identität.

*Dr med. Jean-Jacques Hegg,
Psychiater FMH*

- Die Lancierung von Sensibilierungs- und Informationskampagnen als einleitende Massnahme, bevor mit der Ahndung der Zwischenhändler, Vereine, Clubs und Besitzer begonnen wird.
- Das Erarbeiten eines Verhaltenskodex als moralisches Engagement und die Anwendung der Bedarfsklausel (berufliche Zwecke, Nutzfahrzeuge) beim Kauf von Geländefahrzeugen.
- Das Infragestellen von Bewilligungen für motorisierte Freizeit-

wettkämpfe, damit das Training ausserhalb des Wettkampfs unterbunden werden kann.

Die SL hofft, dass die nötigen Massnahmen getroffen werden, um zu verhindern, dass die letzten noch verbliebenen Ruhegebiete in wenigen Jahren vom motorisierten Freizeitverkehr, mit allen damit einhergehenden Folgen, überrollt werden.

*Stiftung Landschaftsschutz
Schweiz*

Deutsche Soldaten verstrahlt

(sda/afp) Deutsche Soldaten sind nach Informationen der ARD-Sendung «Report» über Jahre hinweg der radioaktiven Strahlung von US-Atomraketen ausgesetzt gewesen. Viele der betroffenen Techniker sollen mittlerweile an Krebs erkrankt sein. Wie das Magazin des ersten deutschen Fernsehens (ARD) aus Mainz unter Berufung auf den ehemaligen Bundeswehr-Strahlenschutzbeauftragten Franz Sauer vorab berichtete, handelt es sich um Soldaten, die die nuklearen Gefechtsköpfe der US-Flugabwehrrakete Nike Herkules warte-

ten. Sauer habe 1980 die Strahlung an Atomraketen in einer Nike-Batterie in Holzwickede-Opherdicke selbst gemessen. Dafür sei er von einem Truppendienstgericht zu 21 Tagen Disziplinararrest auf Bewährung verurteilt worden. Der Kommandant des Flugabwehrraketenbataillons 21 habe ihn «zum Stillschweigen verdonnert». Während US-Spezialisten die Halle mit den Atomsprengköpfen nie länger als eine Stunde betreten hätten, hätten Bundeswehrsoldaten dort bis zu sechs Stunden täglich verbracht.

Motorisierter Freizeitverkehr bedroht Erholungs- und Ruhegebiete

Eine von der Stiftung Landschaftsschutz Schweiz (SL) in den Westschweizer Kantonen durchgeführte Umfrage hat ergeben, dass sich die Zahl und der Einsatz von Geländefahrzeugen trotz eines gesetzlichen Verbots für das «off road» erhöht hat. Diese Praktiken haben schwerwiegende Folgen für die akustische Qualität der Erholungsgebiete und für die Tierwelt. Seit 1990 ist ein rasanter Anstieg der («off road») Geländefahrzeuge, zum Beispiel der vierrädrigen Motorfahrzeuge («Quads») und Motorschlitten, festzustellen. Diese zwei Fahrzeugtypen fehlten bis 1995 in den Statistiken. Heute zählt man fast an die tausend Stück. Paradoxerweise ist die Nutzung dieser Fahrzeuge zu Freizeitwecken ausserhalb der für den Verkehr geöffneten Strassen in der Schweiz verboten (Bundesgesetz über den Strassenverkehr, Waldgesetz, Art. 13 und 15), während die Käufer dieser Fahrzeuge es kaum erwarten können, die «off road» Eigenschaften ihrer Maschinen ausserhalb der markierten Strassen zu testen. Diese motorisierten Fahrzeuge, darunter auch Nutzfahrzeuge, ha-

ben noch keine nennenswerten Proteste hervorgerufen. Die Lärmbelastung verschwindet, sobald der Motor abgestellt wird und die besonders im Winter in ihrer Ruhe gestörte Tierwelt reicht keine Klage ein. In den entlegenen Gebieten, die mit Vorliebe für den rücksichtslosen Einsatz der Schneeschlitten, der «Quads» oder anderer Fahrzeuge missbraucht werden, gibt es nicht viele Zeugen. Die Stiftung Landschaftsschutz Schweiz SL ist beunruhigt. Deshalb lenkt sie die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die motorisierte Freizeitgestaltung und ruft zur kritischen Auseinandersetzung mit diesem Phänomen auf. Jeder einzelne ist eingeladen, insbesondere jetzt, vor Winterbeginn, den Schneefahrzeugen und ihrer Nutzung vermehrte Aufmerksamkeit zu widmen. Man darf nicht vergessen, dass sich ihre Zahl bis zum Jahr 2005 verdoppeln könnte, falls sich der seit 1996 beobachtete Wachstumstrend fortsetzt. Im detaillierten Bericht wendet sich die SL an die Gemeinde- und Kantonsbehörden und schlägt ihnen einen Massnahmenkatalog vor. Dazu gehören:

Der Traum, dank Fortschritten der Technik und effizienteren, sparsameren Motoren den Treibstoffverbrauch in der Schweiz herabsetzen zu können, ist bald ausgeträumt. Zwar hat sich die Wachstumskurve langsam abgeschwächt, bei den Personenwagen stärker als bei den Lastwagen, aber nach wie vor zeigt sie nach oben.

Es gibt mehrfache Gründe für diesen Befund. Zwar wurde durch den technischen Fortschritt tatsächlich erreicht, dass der durchschnittliche Treibstoffverbrauch der neu verkauften Wagen zurückging. Der Effekt wurde aber teilweise wieder dadurch zunichte gemacht, dass der Anteil an grossen und schweren Wagen, namentlich geländegängigen Fahrzeugen mit einem Kuhgitter vor der Kühler, die viel Benzin verbrauchen, bei den verkauften Fahrzeugen zugenommen hat. Ein anderer Grund ist das Wachstum des Gütertransports auf der Strasse und hier namentlich auch des Strassentransits durch den Gotthard. Letztes Jahr haben 1,4 Millionen Camions die Schweizer Alpen durchquert. Das sind 7 Prozent mehr als im Jahr 1999. Insgesamt nahm der alpenquerende Güterverkehr innert Jahresfrist um 10 Prozent zu, wie das Bundesamt für Raumentwicklung beobachtet hat: Letztes Jahr wurde eine Rekordmenge von 30 Millionen Tonnen durch die Schweizer Alpen transportiert. 9 Millionen Tonnen waren es auf der Strasse, 21 Millionen Tonnen auf der Schiene.

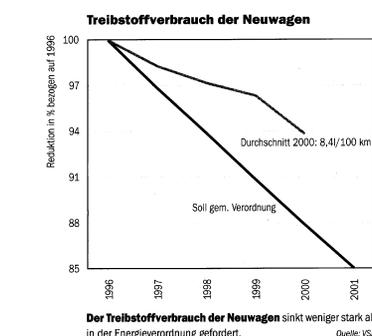
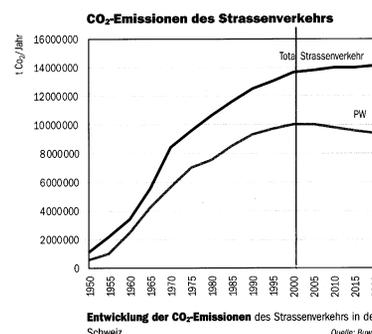
Gehäufte Mutationen nach Tschernobyl-Unfall

Bei Kindern, die nach dem Unfall von Tschernobyl geboren wurden, fanden israelische Wissenschaftler siebenmal mehr Genmutationen als bei Menschen, die zur Zeit des Unfalls schon lebten. Dies, obwohl die Strahlung im Körper der Eltern

vergleichsweise niedrig war. Der Befund erhärtet den Verdacht, dass die Folgen der Atom-Katastrophe weitervererbt werden. Genmutationen haben zu 99% krankhafte Veränderungen zur Folge.

NWA Basel

Wachsender Treibstoffverbrauch in der Schweiz



Nach der Eröffnung des Gotthard-Strassentunnels 1981 war der Anteil der Strasse am alpenquerenden Güterverkehr sukzessive auf gegen ein Drittel angestiegen. Letztes Jahr durchquerten jeden Werktag durchschnittlich 5319 schwere Strassengüterfahrzeuge die Schweizer Alpen. 1,2 Millionen Camions befuhren die Gotthardroute, was einer Zunahme um 8 Prozent und einem Anteil von 85 Prozent entspricht. Die Tendenz am Gotthard ist weiterhin steigend. (Jhd./SGN)

Vermummte Schweizer in Genua

Wären auch nur zwei junge Schweizer mit Kurzhaar-Schnitt und einem Leibchen der «Onkelz» in Genua aufgetaucht, gäbe es hier DRS-Extrasendungen und Presse-Schlagzeilen über den gefährlichen Rechtsextremismus. Wochenlang würde dieses Vorkommnis gepaukt und auf den Blick-Titelseiten ausgebeutet. Nun aber finden sich schon am Montag nach dem verheerenden Genua-Wochenende vom 21./22. Juli 2001 biedere Berichtlein im Inneren der Blätter – auch beim grossen Experten «Blick»! Von Extremismus-Gefahr ist keine Rede. Dies, obwohl Tausende von Randalierern und linken Chaoten für zweistellige Millionenbeträge gebrandschatzt, alles kurz und klein geschlagen und ausgeplündert haben. Vermummte Linksextremisten und eigentliche Terrorgruppen – auch aus der Schweiz – haben über 60'000 friedlich demonstrierende WEF-Gegner total missbraucht und deren Anliegen mit Füssen getreten. Die Bilanz ist katastrophal: 561 Personen wurden verletzt, eine Person getötet, 219 zeitweise festgenommen, 41 Geschäfte wurden total



Beim vergangenen Weltwirtschaftsforum in Salzburg kam es zwar auch zu Krawallen hunderter linksextremer Demonstranten (unser Bild), dank der strengen Kontrollen an den österreichischen Grenzen nach vorübergehender Aufhebung des Schengener Abkommens konnten jedoch die schlimmsten Gewalttäter ferngehalten werden. Die Polizei hatte dann das Häuflein Chaoten fest im Griff. Bei den Grenzkontrollen gingen den österreichischen Sicherheitsbehörden übrigens als «Nebeneffekt» eine Vielzahl von Kriminellen insbesondere aus der Rauschgiftszene ins Netz, ein Beweis dafür, dass der Wegfall der Sicherungssysteme an den europäischen Grenzen vor allem freie Fahrt für Verbrecher bedeutet.

verwüstet und ausgeraubt, 83 Autos verbrannt oder schwer beschädigt, und die Schäden belaufen sich

auf über 80 Millionen Schweizerfranken.

Wo aber bleiben die Aufschreie,

die Fragen, Hintergrundberichte und Recherchen eines hochaktuellen DRS oder eines grossmauligen «Blicks» und anderer Medien? Sind die Journalisten tot? Oder sind sie unter dem Druck der Staatsgewalt zum Schweigen gebracht worden? Die Menschen würden gerne Verschiedenes wissen:

Wie heissen die verantwortlichen Drahtzieher, Autonome, Vermummten, Anarchisten und schwarzen Zellen in der Schweiz, die auch am Montag noch im ganzen Lande Sabotage und Brandstiftung produziert haben? Wo sind diese Leute «zu Hause»? Das müssen die Bürger doch wissen! Steuermittel an solche «Kulturzentren» und «Reitschulen» müssen gestoppt werden. Solche und ähnliche Brutstätten der Gewalt, des Terrors und demokratiefeindlicher Aktionen müssen unbedingt auf Waffen und andere Gewaltmittel untersucht werden. Unsere Herren in Bern und viele ihrer Freunde in den Medien machen sich die Sache viel zu leicht!

Willy Schmidhauser,
Präsident SD Thurgau

SD empört über VBS-Bewaffnungspläne

Erst gut einen Monat ist es her, seit das Schweizer Volk der Bewaffnung von Schweizer Soldaten im Ausland nur mit einem hauchdünnen Mehr zugestimmt hat. Laut

bundesrätlichen Versprechungen sollte diese nur «zum Selbstschutz» erfolgen. Was man von bundesrätlichen Versprechen seit Jahrzehnten halten kann, demonstriert Bundesrat Schmid wieder einmal ganz klar. Sein VBS plant für diese «Selbstschutz-Bewaffnung» jetzt gar Piranha-Panzer mit aufmontierten Maschinengewehren und Fliegerabwehrkanonen sowie Super-Puma-Helikopter! Die Helikopter sollen angeblich nur zum Personen- und Materialtransport dienen (?). Jeder Laie weiss, dass man in einem Helikopter schwere Maschinengewehre und andere Waffen mitnehmen und so aus «Transport-Helikoptern» die überall gefürchteten Kampfhelikopter machen kann. Die Schweizer Demokraten hatten vor der Abstimmung gewarnt, dass dieser Selbstschutz «nach oben offen» ist: Je stärker der Gegner bewaffnet sei, desto stärker müssten auch die Schweizer Soldaten bewaffnet werden, und dies könne bis zu Panzern und Flugzeugen gehen. Der Bundesrat bezeichnete diese Warnung als masslose Wahlpropaganda und Panikmacherei. Jetzt zeigt sich, wer (wieder einmal) Recht behalten hat Schlussfolgerung:

Schweizervolk, traue unserem Bundesrat nicht!

Dr. Dragan Najman,
Grossrat, Pressechef SD Schweiz

Kriminelle Medien...

Jeder Buchhalter braucht zuverlässiges Zahlenmaterial, der Wissenschaftler ebenso und die Statistiker erst recht! Jeder Staatsbürger braucht genauso absolut zuverlässige Infos und Zahlen! Das freie Wort und die freie Meinungsbildung sind unverzichtbare Ecksteine in einer Demokratie, denn alle Staatsbürger sind wichtige Entscheidungsträger. Wenn DRS, Presse und Verwaltung Fakten und Zahlen unterschlagen, die Nationalität von Verbrechen verschweigen und die Stellungnahmen der Oppositionsparteien – allen voran der SD – unterdrücken oder zensurieren, sind das schwere Verbrechen gegen das eigene Volk! Es ist Zeit, über solche Figuren Gericht zu halten, ihre Namen und Untaten öffentlich aufzuzeigen und sie zu bestrafen. (WS)

Gleichheit mag vielleicht ein Recht sein, aber keine menschliche Macht kann sie verwirklichen...
Honoré de Balzac

Im Guten liegt das Grosse und nicht das Gute im Grossen...
Sokrates
(EU, UNO)

«Blick» – Nein danke!

Blick ist eine ganz schlimme Publikation, die eine breite Meinungsbildung (BV Art. 16) mit Füssen tritt! Meiden Sie «Blick»! Wenn Sie unbedingt darin lesen wollen, gehen Sie in ein Café, damit Sie diesen Unrat nicht kaufen müssen. Sagen Sie überall, was «Blick» wirklich ist... (WS)

Vorsicht: Armee-Falle!

Wichtig für unsere Demokratie ist, jeder muss Militärdienst leisten, jeder. Wir brauchen keine Elitetruppe. Die allgemeine Wehrpflicht ist unerhört wichtig und wertvoll. Wenn jeder Teil des Ganzen ist, kann jeder mittragen, mitreden und weiss ganz genau, um was es geht: Die Armee als Teil des Landes, als Teil des Volkes und kein Fremdkörper! Damit ist sie viel weniger anfällig für Intrigen, Machenschaften und Mafia-Winkelzüge. Hohen Offizieren kann die Macht weniger zu Kopfe steigen...

Darum sollten wir auch unsere Anlagen in den Bergen behalten, einfache Jäger anschaffen und die Heimarbeit für Bergfamilien (Ausrüstung) beibehalten. (WS)

WEF-Chaoten im Widerspruch...

Ein NZZ-Leser schrieb, dass viele jugendliche Chaoten kaum die Fahrkarte nach Genua hätten kaufen können, wenn sie nicht Turnschuhe aus Taiwan, Jeans aus China oder Thailand, T-Shirts aus Sri Lanka, Jacken aus Bulgarien, Schirmmützen aus Ägypten, Ohr-, Nasen- und Bauchnabelringe aus Indien, Sporttaschen von den Philippinen und Rucksäcke aus China billig hätten erwerben können... Die Benzinflaschen werfenden linken Extremisten werden darum noch widersprüchlicher, als sie es ohnehin schon sind... (WS)

Betrachtungen zum Spyri-Jahr

Heidi, Heidi, deine Welt sind die Berge! So tönt es in diesem Jahr weitherum. Johanna Spyri, die Kreative der Heidi-Geschichte, ist bekanntlich vor hundert Jahren gestorben. Als Hommage an sie, gibt es da und dort nun einige Veranstaltungen. Grund genug, mir meine eigenen (vielleicht schrägen) Gedanken zu dieser Frau zu machen.

Oft wird ja fast im gleichen Atemzug zu Heidi auch gerade der Name Johanna Spyri erwähnt. Doch die meisten kennen sie als Person nicht. Sie hat es nie geschafft, aus dem Schatten ihrer eigenen Figur herauszutreten. Hat sie mit der Darstellung des Landmädchens Heidi wohl sich selber gemeint? Oder hatte sie einfach genügend Fantasie, um eine rührende Geschichte zusammenzubasteln? Lauter Fragen, und als Antwort darauf nur die Fakten einer einfachen Biographie. Geboren und aufgewachsen in Hirzel als Arztochter, später in Zürich gelebt und (mehr oder weniger) glücklich verheiratet mit dem Stadtschreiber Spyri. Liebesbeziehung zu Richard

Wagner. Also, eigentlich nichts besonderes. Doch das Innere der Johanna Spyri muss voller Emotionen und sprudelnder Energie gewesen sein. Selber hat sie einmal geschrieben: «Mein Lebensrahmen ist einfach, der inneren Stürme hingegen habe ich viele.»

Beziehung zu Richard Wagner

Nun, aus dieser Konstellation heraus, lässt sich leicht ableiten, dass sie sich irgend etwas einfallen lassen musste, um sinnvolle Bewegung in ihr Leben zu bringen. So begann sie zu schreiben. Zuerst waren es einfache, traurige Geschichten, in denen sie versuchte, ihre eigenen Erlebnisse zu verarbeiten. (Welcher Schriftsteller tut das heute nicht?) Meistens waren diese aber so schwarzmalend und direkt ein Abbild der Realität, dass sie niemand lesen wollte. Nach und nach wob sie in ihre Erzählungen ein bisschen Fantasie, bis sie, quasi auf dem Höhepunkt, die Figur Heidi erfand. Schreiben war offenbar für Johanna Spyri eine Art Flucht oder Lebensbewältigung. Eine Möglichkeit, von Leuten gehört zu werden, die sonst keine Acht auf sie gaben. Hier konnte sie sich gehen lassen. Hier durfte sie erträumen, was im sonstigen Leben verboten war (sie war Puritanistin). So lastete sicherlich auch die Liebe zu dem neuartigen Wunderkomponisten Richard Wagner schwer auf ihrem Herzen. Man munkelt, dass ihr Sohn Bernhard der Sohn Wagners sei (Für mich persönlich ist dies so, ich denke, man kann es aus dem Kontext ihrer Geschichten heraus lesen). So ranken sich noch einige Gerüchte um ihr Leben, die nur sie selber klarstellen könnte. Klar ist, dass sie stets versucht hat, mit ihrem Texten aufzuklären und zu belehren. Hat sie doch indirekt bereits damals auf das Ausländerproblem (Heidi muss nach Frankfurt) oder auf Mechanismen von Intrigen und Dritte-Partei-Spielen aufmerksam gemacht.

Heile Welt vermittelt?

Ihre Geschichten verlaufen stets nach ähnlichen Mustern. Zuerst passiert etwas Tragisches, dann werden alle Beteiligten zusammengerufen, um eine Lösung zu erarbeiten, am Schluss das glückliche Durchführen und Gelingen des Plans. Also, sie beschreibt nichts anderes als eine gesunde, funktionierende Demokratie. Was sie damals noch nicht wissen konnte ist, dass der Weg noch so lange werden würde. Damals war beispielsweise das Drogenproblem noch lange nicht so weit fortgeschritten wie heute, und trotzdem hat sie es wahrgenommen. Mit anderen Worten, ihre Schreiblust war auch sehr politisch motiviert. Offenbar sah



Band 1 und 2 vereinigt

sie hier einen Weg zur Verständigung. Denn vieles hat sie sich gewünscht, und es wurde ihr verboten. In dieser Zeit hat man sich nie vorgestellt, dass Frauen auch fähig sind, politisch zu denken. Deshalb hat man sie schlicht aus der Politik ausgeschlossen. Johanna Spyri hatte aber als eine der wenigen den Mut, dies nicht einfach hinzunehmen. Auch wenn nur indirekt durch ihre Schriften gelebt. Noch heute wird ihr das Klischee unterstellt, sie hätte nur heile Welt vermittelt. Wenn man aber genau analysiert, wird schnell klar, dass nur diejenigen dies behaupten, die selber Chaoten sind. Das Tiefsinnige entwickelt sich erst im Nachhall, und bleibt haften. Man entdeckt, dass diese Frau eben schon damals anders als die grosse Masse war.

Sie hatte Visionen von Freiheit und Gerechtigkeit. Ich bin mir ziemlich sicher, wenn sie heute noch leben würde, wäre sie Mitglied bei den Schweizer Demokraten. Sie würde wiederum auf ihre eigene Art mitdenken und die Schweiz mitgestalten. Sie würde eine Verschandelung unseres Landes zutiefst verachten und sich dagegen engagieren.

Alles auf einen heutigen Nenner gebracht, heisst das, dass wir noch lange nicht am Ziel angekommen sind. Auch heute braucht es Menschen, die unsere Tradition achten und ehren, sich ab und zu aufbauen, mitziehen und positive Vorstellungen von der Zukunft haben.

*Barbara Zbinden,
Aeschlen ob Gunten*

Johanna Spyri

Heidi

Heidis Lehr- und Wanderjahre

Heidi kann brauchen, was es gelernt hat

Johanna Spyri, 1829 bis 1901, wohnte in Hirzel bei Zürich. Ihr «Heidi», in viele Sprachen übersetzt, erfreut sich einer unbegrenzten Popularität. Vor Jahren auch verfilmt, lief der Streifen in vielen Ländern. Auf diese Weise hat «Heidi» die Welt erobert und Millionen und Abermillionen viel Freude bereitet. Der Inhalt des Werkes handelt davon:

- wie ein das Leben und die Menschen hassender Grossvater (Oehi) infolge ihm dargebrachter Liebe zum guten, hilfsbereiten, gläubigen Manne wird;
- wie sich das kleine Heidi, ein liebliches Naturkind, prächtig entwickelt und seine Freundin Klara, das gelähmte Mädchen, im Genusse des Höhenklimas und liebevoller Pflege das Gehen lernt;
- wie ferner der Geissenpeter dank seiner Freundschaft mit Heidi aufblüht und dieses immer mehr zum Segen seiner ganzen Umgebung wird;
- wie endlich verwöhnte Grossstadtmenschen infolge des einfachen Lebens in den Alpen die wahre Bescheidenheit kennenlernen.

Agenda 21 = UNO «Morgentau-Plan» für die Schweiz?

Der Morgentau-Plan wurde von der liberal-sozialistischen Regierung Roosevelt für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg aufgestellt. Er sah vor, Deutschland bis auf die Stufe eines Agrarlandes zu zerstören und das verelendete Volk durch Kontrolle des Bildungswesens und der Medien umzuerziehen (Reeducation). Der Zerstörungsplan wurde fallengelassen, die Reeducation von 1945 bis 1952 durchgeführt. Es gibt in der Geschichte keinen marxistischen Wiederholungszwang, trotzdem kann die Beobachtung ähnlicher histori-

scher Vorgänge einen Hinweis auf sich anbahnende Katastrophen geben.

Die «Agenda 21» ist Teil der globalen UNO-Kampagnen-Architektur. Sie wurde seit dem Umweltgipfel von Rio wie ein Flächenbrand über die ganze Welt verbreitet. Die «hidden Agenda 21» hat eine verschleierte politische Stossrichtung. Mit basisdemokratischer Grasswurzelstrategie wird ein demokratischer Meinungsbildungsprozess vorgegau-

Fortsetzung Seite 9



Bezirk Baden: Einwohnerratswahlen vom 20./21. Oktober 2001

Kandidaten der Schweizer Demokraten

In Baden treten die Schweizer Demokraten (SD) mit folgenden Kandidaten an: Dragan Najman, Dr. Ing.-chem. ETHZ (bisher); Fritz Ribl, Zimmermann; Stefan Kilcher, Elektro-Kontrolleur. Das Ziel der SD ist, neu mit zwei Einwohnerräten (wie früher schon während mehreren Legislaturpe-

rioden) im Einwohnerrat Baden Einsitz zu nehmen. In Wettingen tritt die SD mit zwei Kandidaten an, nämlich: André Schmid, Offsetdrucker, und Peter Pfäffli, El.-mechaniker (parteilos). Trotzdem die SD in Wettingen erstmals antreten, sind wir überzeugt, dass ein oder gar zwei Sitzgewinne durchaus möglich sind.

Gute Wahlchancen rechnen wir uns vor allem deshalb aus, weil sowohl die Freiheitspartei als auch der Landesring inzwischen von der Bildfläche verschwunden sind und somit werden diese Sitze von Protestparteien «frei». In Wettingen hatte die FP bisher zwei Sitze. Ihre beiden Einwohnerräte sind wenige Tage (!) vor der Frist für die Einreichung der Listen zur SVP übergetreten, einer war sogar ein langjähriger FP-Grossrat. Auch der LdU, der in Wettingen immer stark gewesen war, hatte zuletzt noch 2 bis 3 Einwohnerräte. In Baden hatte die FP schon vor 4 Jahren ihre damals zwei Sitze verloren. Die SD hoffen, dass die Protestwähler dieser beiden Parteien zum Teil jetzt die SD wählen werden.

Auch in Ober-Siggenthal, der dritten ER-Gemeinde im Bezirk (Neuenhof und schon früher Spreitenbach haben den ER ja abgeschafft), werden wir aller Voraussicht ebenfalls erstmals kandidieren; einen Kandidaten haben wir bereits auf sicher. Da die ER-Wahlen in dieser Gemeinde erst später stattfinden, haben wir noch Zeit für die Kandidatensuche.

Die SD erachten es als wichtig, dass auch auf Gemeinde-Ebene alle Bevölkerungsschichten und parteipolitischen Richtungen mitmachen. Die Schweizer Demokraten sind zudem die einzige Partei, welche sich immer ohne Wenn und Aber zuerst für die Interessen der Schweizerinnen und Schweizer und für den Erhalt der Schweiz einsetzen.



Dragan Najman

Veranstaltungskalender

Kanton	Sektion	Veranstaltung
Aargau 	Bezirk Aarau	Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr
	Bezirke Baden / Brugg / Zurzach	Stammtisch jeden 1. Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen
	Sektion Kulm	Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Central, Reinach
	Bezirkspartei Lenzburg	Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Lindenhof in Schafisheim
Baselland 	Sektion Reinach und Umgebung	Jeden ersten Montag im Monat um 19.30 Uhr Stamm im «Reinacherhof»
Basel Stadt 	Kantonalpartei Basel	Stammtisch jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Rheinfelderhof
Bern 	Sektion Berner Oberland-Ost und Berner Oberland-West	Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg
	Sektion Oberaargau/ Mittelland/ Emmental	Stammtisch jeden dritten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Fankhauser in Langenthal
	Sektion Schwarzenburg/Seftigen/Laupen	SD-Stamm immer am letzten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Tea-Room Vreneli, Guggisberg
	Sektion Thun/Konolfingen	Stamm jeden letzten Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Romantic, Pestalozzistr. 95, Thun
Luzern 	Innerschweiz	Höck jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Hotel Spatz, Obergrundstrasse 103, Luzern
St. Gallen 	Sektion St. Gallen und Umgebung	26. September: Gastreferent: Divisionär P. Stutz zur Abstimmung über die Armee-Abschaffungs-Initiativen. Saal im Restaurant Dufour, St. Gallen, ab 19.30 Uhr.
	Sektion Wil und Umgebung	Jeden 2. Montag im Monat um 20.00 Uhr im Restaurant Fass in Wil.
Zürich 	Sektion Bülach	Stammtisch jeden letzten Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Sternen, Kirchgasse 36, Kloten
	Sektion Dielsdorf	Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hardegg (beim Bahnhof), Regensdorf
	Sektion Hinwil	Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Metzger, Walderstr. 19, Hinwil
	Sektion Limmattal	Stammtisch am ersten Dienstag des Monats, ab 19.30 Uhr, Restaurant Nassacker in Schlieren
	Sektion Uster	Stammtisch jeden zweiten Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hecht in Dübendorf
	Sektion Winterthur	Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hörnli, Winterthur-Töss
	Stadt Zürich	Höck am 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Krone, Schaffhauserstr. 1, Zürich-Unterstrass

Wenn das Problem der Überbevölkerung nicht gelöst wird, werden alle anderen Probleme unlösbar...

Aldous Huxley

Schande in Baden!

In Baden wird das schweizerfeindliche Projekt «KombiNation» seit längerem illegal, d.h. ohne Bewilligung durch das Parlament geschweige das Stimmvolk, mit Steuergeldern, betrieben.

Geschichte dieser traurigen Angelegenheit

Dezember 1988: Der Einwohnerrat beschliesst über 190'000 Franken, um die beiden Projekte «Netzwerk für ausländische Jugendliche» und «Aufsuchende Jugendarbeit» zu starten. Die beiden Projekte sind ausdrücklich als Versuchsphase auf zwei Jahre befristet.

September 2000: Der Einwohnererrat erhält ein mickriges 2½-seitiges Berichtlein über diese 2-jährige Versuchsphase. Konkrete Erfolge offenbar gleich Null, denn es wird als einziger konkreter Erfolg erwähnt, dass «in 1 (in Worten einem) Fall die Sozialleistungen merklich reduziert werden konnten» (und dies für Ausgaben von mehr als 190'000.- harte Steuerfranken!). Sonst nur viel Bla-bla wie: das Projekt sei bei den ausländischen Jugendlichen gut angekommen, mache erfreuliche Fortschritte usw., usf... Und der Hammer: Die beiden Projekte waren zu einem einzigen, genannt KombiNation, zusammengefasst worden, dessen Leiter Noel Tshibangu (wie man es ausspricht, weiss ich nicht) heisst und ein waschechter Kongolese ist. Sicher der «richtige» Mann für die Integration von Ausländern in Baden! Das Projekt wird ohne Abstimmung im Einwohnerrat, also auch ohne Möglichkeit eines Referendums und damit einer Volksabstimmung (!), für ein weiteres Jahr verlängert. Kosten: Fr. 137'000.- für ein Jahr! Der Stadtrat verspricht den SD, die als einzige gegen dieses Vorgehen reklamierten, einen weiteren endgültigen Bericht im März 2001 mit entsprechendem Antrag auf Weiter-

führung (und der Möglichkeit, ein Referendum zu ergreifen).

Mai 2001: Wieder ein kurzes Berichtlein, wieder viel Bla-bla ohne irgendwelchen konkreten Erfolg. Unser Einwohnerrat D. Najman schickt einen eingeschriebenen Brief an den Stadtrat, wo er verlangt, dass dieses Projekt, das jetzt definitiv eingeführt werden soll, endlich dem Einwohnerrat (mit Referendumsmöglichkeit) zur Genehmigung vorgelegt werde. Antwort von Stadtammann Josef Bürge (CVP): Der Stadtrat hat an seiner gestrigen Sitzung beschlossen, das Projekt am 4. September 2001 dem Einwohnerrat vorzulegen mit Referendumsmöglichkeit.

4. September 2001: Das Projekt »KombiNation« ist auf der Traktandenliste, das Referendum durch die SD angekündigt und vorbereitet. Direkt bevor dieses Traktandum zur Sprache kommt, sagt die SP-Einwohnerpräsidentin, sie schliesse jetzt wegen der vorgerückten Stunde die Sitzung! D. Najman reklamiert mit dem Vermerk, dass der Stadtrat ihm verbindlich (und schriftlich) die Behandlung an diesem Tag versprochen habe. Ausserdem komme an der nächsten Sitzung bereits der Voranschlag 2002 zur Sprache, wo KombiNation als Dauereinrichtung für jährlich 150'000 Franken budgetiert sei. Er verlangt Behandlung dieses Traktandums an dieser Sitzung so wie es der Stadtrat versprochen hatte. Andernfalls behalte sich die SD rechtliche Schritte gegen die illegale Fortführung dieses Projekts vor. Mit grossem Mehr gegen eine (!) Stimme beschliesst der Einwohnerrat Abbruch der Sitzung. So wird im Badener Einwohnerrat seit Jahrzehnten eine Säuhäfel - Säudeggeli - Politik betrieben nach dem Motto «Alle gegen die Schweizer Demokraten». Offenbar haben die anderen Parteien eine panische Angst vor den SD! *D. Najman, Baden*

Agenda 21 = UNO «Morgentau-Plan» für die Schweiz?

Fortsetzung von Seite 7

kelt: «Wer kann denn gegen Naturschutz sein!» Die Schulen müssen Umwelterziehung durchführen. Auch in der Schweiz arbeiten in vielen Gemeinden gutmeinende Natur- und Umweltschützer am «Projekt Agenda 21», um zum Beispiel fruchtbares Ackerland für immer («nachhaltige Entwicklung») in Naturwiesen umzuwandeln und damit letztlich der Landwirtschaft und der Landesversorgung zu entziehen. Daneben gibt es Vorstösse, den Nationalpark zu vergrössern. Das Buwal will Luchs, Wolf und Bär in der ganzen Schweiz ansie-

deln. Im Entlebuch wurde bereits eine ganze Region in ein «Biosphärenreservat» unter Aufsicht und entsprechenden Auflagen der UNESCO umgewandelt. Heute noch kaum vorstellbares Endziel: Die ganze Schweiz wird in ein Naturreservat mit entsprechend tiefem Lebensstandard (vergleiche amerikanische Indianerreservate!) verwandelt. Unsere Rumpfarmee XXI wird sich nicht dagegen wehren können. Unsere Wasservorräte werden privatisiert und von den Global Players europaweit teuer vermarktet. Es ist heute schon klar, dass nur ein paar hundert Grossbauern mit über 100 Hektaren Land die Globalisierung überleben können. *P. Aebersold, Zürich*

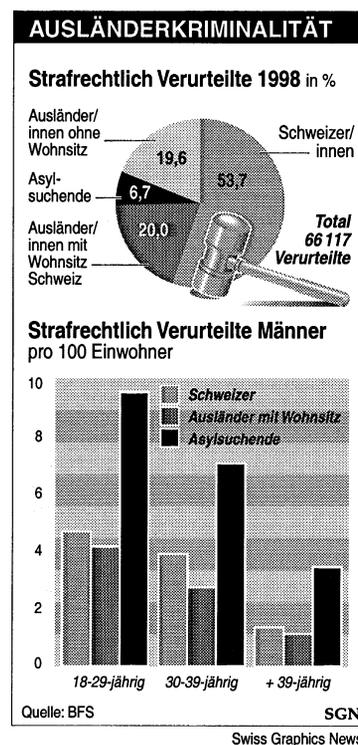
Gefährliche Zunahme der Ausländergewalt

SD Kulm fordern Bürgerwehren und vermehrte Personenkontrolle

Die Schweizer Demokraten SD des Bezirks Kulm sind über den brutalen Überfall von ausländischen Schlägertypen gegen Korporale und Rekruten der Schweizer Armee in Aarau zutiefst entsetzt. Es ist seit längerer Zeit auch erkennbar, dass kriminelle Aktionen von sogenannten «ausländischen Gästen» praktisch zur Tagesordnung gehören – ganz neu ist allerdings die Gewaltanwendung von Ausländern gegen Angehörige der Armee.

Für die SD Kulm ist es unverständlich, dass sich Bundesrat Schmid bis heute nicht zu dieser rücksichtslosen Tat geäussert und diesen brutalen Angriff auf seine Soldaten verurteilt hat. Es ist für die SD Kulm auch befremdend, dass die Regierenden und Teile der Medien die Gewalt von Ausländern und Linksextremisten offensichtlich verschweigen oder zumindest verharmlosen. Deshalb ist es nicht verwunderlich, wenn sich immer mehr Schweizerinnen und Schweizer diskriminiert vorkommen und eine fremdenfeindliche Haltung einnehmen.

Die verwerfliche Gewalt an Militärangehörigen durch Ausländer erachten die SD Kulm als «Kriegserklärung» und fordern deshalb von den Sicherheitsverantwortlichen, sofort eine härtere Gangart einzuleiten. Die Sicherheit der Bevölkerung kann nach Auffassung der SD Kulm kaum mehr gewährleistet werden, denn Ausländer können via dem «Kommunikationsmittel Handy» innert Minuten eine schlagkräftige Kampftruppe mobilisieren. Damit der Bevölkerung das Sicherheitsgefühl auch nur



einigermassen wieder zurückgegeben werden kann, fordern die SD Kulm einmal mehr die Schaffung von Bürgerwehren, vermehrte Personenkontrollen der Sicherheitsorgane sowie die Durchsetzung des Waffentragverbots für gewisse Ausländerkategorien. Für die SD Kulm ist in diesem Zusammenhang auch wichtig, dass kriminelle und illegal eingereiste Asylbewerber und solche, deren Gesuch rechtskräftig abgewiesen worden ist, umgehend aus der Schweiz weggeführt werden.

*SD des Bezirks Kulm,
René Kunz, Präsident*

Die SD Aargau fordern endlich eine Stellungnahme des Bundesrates zur Ausländergewalt an Armeeangehörigen in Aarau

Die Schweizer Demokraten SD des Kantons Aargau fordern Bundesrat Schmid unmissverständlich auf, den brutalen und unentschuld-baren Angriff auf seine Angehörigen der Armee vom 6. August in Aarau aufs schärfste zu verurteilen. Nach Ansicht der SD Aargau ist diese rücksichtslose Ausländergewaltanwendung an Militärpersonen ein Angriff auf eine staatliche Institution und schon deshalb Grund genug, dass sich der VBS-Chef zu Wort meldet und seine Verantwortung gegenüber den Soldaten wahrnimmt. Die SD Aargau sind aber auch empört darüber, dass die gesamte politische Klasse, die ihren Eid auf unsere Verfassung abgelegt hat, diesen Angriff auf Militärpersonen nicht rügt. Die SD Aargau sind auch überzeugt

davon, dass dieser brutale Anschlag auf Angehörige der Armee erst der Anfang ist, denn es sollte ja auch bekannt sein, dass gewisse Ausländerkategorien in kurzer Zeit eine schlagkräftige und aggressive Kampftruppe mobilisieren können.

*Kantonalsektion Aargau
René Kunz, Pressechef*

Anzeige

Stopp der Gewalt!

Petition an den Regierungsrat
Nein zur Gewaltanwendung von Ausländern!
Ja zum Waffentragverbot für gewisse Ausländerkategorien!
Ja zu Massnahmen für mehr Sicherheit der einheimischen Bevölkerung!

Verlangen Sie Unterschriftenbogen und unterstützen Sie unser Engagement **gegen die Ausländergewalt!**

Schweizer Demokraten SD des Bezirks Kulm, 5734 Reinach
kunuz.rene@bluewin.ch



Kanton Zürich



Unser neuer SD-Kantonsrat aus Winterthur stellt sich vor



*Rolf Boder,
Kantonsrat,
Winterthur*

Nachdem Ende April unser langjähriger Kantonsrat Erwin Kupper aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten ist und die vorhandenen Ersatzleute auf das Mandat verzichtet haben, wurde ich in einem Nachnominations-Verfahren als neuer SD-Kantonsrat für den Wahlkreis Winterthur-Stadt vorgeschlagen. Die Regierung nützte diese Situation natürlich ein wenig aus und liess sich mit der Gewährerklärung reichlich Zeit. Nun ist es aber soweit. Nach den Sommerferien konnte ich ins Kantonsparlament eintreten.

Ich bin 38-jährig und seit einigen Jahren in der SD-Sektion Winterthur aktiv. In dieser Zeit durfte ich zusammen mit Erwin Kupper viel Aufbauarbeit leisten, die auch schon Früchte getragen hat. Ich vertrete die Sektion im kantonalen Parteivorstand und bin vor kurzem auch als Mitglied in den Zentralvorstand gewählt worden. Beruflich bin ich seit 15 Jahren bei der Flughafenpolizei tätig, und da

liegt es natürlich auf der Hand, Mitglied der Schweizer Demokraten zu sein, denn ich werde tagtäglich mit Masseneinwanderung, Ausländerkriminalität und Asylmissbrauch konfrontiert.

Besonders danken möchte ich Erwin Kupper für seine zehn Jahre Parlamentsarbeit. Er war mein «Lehrmeister» und hat mich in die politische Arbeit gut eingeführt. Mein Dank geht auch an Hans Steffen, Friedrich Auf der Maur und Christoph Spiess, die mir immer wieder mit Rat und Tat zur Seite standen und manchen guten Tipp gegeben haben. Jetzt liegt es an mir, mich als Kantonsrat zu profilieren und das Gedankengut der Schweizer Demokraten mit guten Referaten im Parlament noch bekannter zu machen.

Mein Einsatz wird natürlich vor allem der Abwehr der Ausländerflut und des Asylmissbrauchs gelten. Dringend ist ferner eine Verschärfung der Einbürgerungspraxis. Als Hobbygärtner liegt mir auch der Naturschutz sehr am Herzen. In den kommenden Jahren gilt es ausserdem, weitere Privatisierungen von Betrieben der öffentlichen Grundversorgungen mit Wasser, Gas, Elektrizität etc. zu verhindern. Das beste Beispiel, wie schlecht sich Privatisierungen auswirken, ist ja der Flughafen Zürich. *Rolf Boder, Kantonsrat, Winterthur*

SD: Nein zur Änderung des Gesundheitsgesetzes

Der Parteivorstand der Schweizer Demokraten (SD) des Kantons Zürich hat für die kantonale Volksabstimmung vom 23. September 2001 die folgenden Empfehlungen beschlossen:

Änderung des Gesundheitsgesetzes betreffend die Medikamentenabgabe durch Ärzte

Nein

Volksinitiative «Tragbare Krankenkassenprämien für alle»

Stimmfreigabe

Staatsbeitrag an den Bau eines zweiten Durchgangsbahnhofs unter dem Hauptbahnhof Zürich

Nein

Mit der vorliegenden Gesetzesänderung wird die Selbstdispensation in allen bevölkerungsreichen Gegenden des Kantons Zürich verboten. Gerade für ältere Patienten ist es aber sehr vorteilhaft, wenn sie

die gängigsten Medikamente direkt beim Arzt beziehen können, statt noch einen Umweg über die Apotheke zu machen.

Hinsichtlich der Volksinitiative «Tragbare Krankenkassenprämien für alle» wurde nach einer längeren, kontrovers geführten Diskussion Stimmfreigabe beschlossen. Die Befürworter wiesen darauf hin, dass die Krankenkassenprämien für immer mehr Bürger(innen) – insbesondere für Rentner(innen) und Familien – eine grosse Belastung seien und eine bessere Ausschöpfung der Verbilligungsmöglichkeiten daher dringend sei. Die Gegner der Initiative machten demgegenüber geltend, dass Missbräuche häufig seien und die Erhöhung des kantonalen Beitrages den Staatshaushalt zu sehr belastete. Die Verbilligungen kämen zudem vorwiegend Einwanderern zugute und machten den Kanton Zürich für solche noch attraktiver.

Zum Bau eines zweiten Durchgangsbahnhofs unter dem Zürcher Hauptbahnhof wurde einstimmig die Nein-Parole beschlossen. Die Region Zürich ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln sehr gut erschlossen. Der Aufwand für den Bahnhofbau ist im Verhältnis zum Nutzen

für die Bahnpassagiere viel zu gross. Das Vorhaben schafft zudem einen unerwünschten Arbeitskräftebedarf im Baugewerbe. Auch fördert jeder weitere Ausbau der Verkehrskapazitäten – ob im öffentlichen oder im Privatverkehr – die Zersiedelung der Zürcher Landschaft.

SD: Ja zur Initiative «Rettet den Kreuzplatz»

Der Parteivorstand der Schweizer Demokraten (SD) der Stadt Zürich hat für die städtische Volksabstimmung vom 23. September 2001 die folgenden Empfehlungen beschlossen:

Erwerb der Geschäftsliegenschaften Werdstrasse / Morgartenstrasse

Ja

Schulhaus «Im Birch», Neubau, Objektkredit von 75,8 Mio. Franken

Ja

Volksinitiative «Rettet den Kreuzplatz»

Ja

An der Werdstrasse bietet sich der Stadt die einmalige Chance, zu günstigen Bedingungen eine grosse Geschäftsliegenschaft zu erwerben und bis anhin in weit verstreuten, z.T. teuren Mietobjekten untergebrachte Verwaltungen

an einem Ort zu konzentrieren.

Der Mangel an Schulräumen macht ein Ja zum Schulhausneubau «Im Birch» unumgänglich. Die Schweizer Demokraten weisen aber darauf hin, dass die Schulraumnot grösstenteils eine Folge der Masseneinwanderung ist, welche die Steuerzahler immer teurer zu stehen kommt.

Wegen eines Bundesgerichtsentscheides von 1993 ist zwar sehr fraglich, ob eine Erhaltung des Ensembles schützenswerter Bauten aus dem 17.-19. Jahrhundert am Kreuzplatz noch durchgesetzt werden kann. Die Initiative «Rettet den Kreuzplatz» bietet aber zumindest die Chance, die Grundeigentümer zu einem neuen Projekt zu bewegen, welches sich – allenfalls unter teilweiser Schonung der historischen Bausubstanz – besser ins Quartier einfügt.



Kanton Basel-Stadt



SD-Mannschaft mit dabei am Basler Schlauchbootrennen

(mb) Am Vorabend zum 1. August fand in Basel anlässlich des traditionellen Volksfestes mit Feuerwerk u.a. ein Schlauchbootrennen auf dem Rhein statt. Über dreissig 6-er Mannschaften «kämpften» um gute Ränge. Die ad hoc ins Leben

gerufene SD-Mannschaft erreichte immerhin einen Platz im «Mittelfeld» (und dies ohne vorhergehendes Training!). Hier galt die Parole: «Mitmachen ist wichtiger als gewinnen!»

Bei prächtigem, heissem Wetter paddelten auch junge Schweizer Demokraten... was das Zeug hergab! Vom Ufer aus unterstützte die SD-«Fan-Gemeinde» unsere Sportler...



Schlauchboot rechts; SD-Teilnehmer v.l.n.r.: Markus Grünig; unbekannter Steuermann des Wasserfahrvereins; Cédrik Wernli; Mirko Meier, Landrat; Hans-Rudolf Brodbeck, Grossrat; Thien Egi, SD-Kantonalkassier BS; Patrik Cattin, Grossrat.

(Fotos: Walti Hammel)

Die Finanzherrschaft und der militärisch-industrielle Komplex

Fortsetzung aus SD 7/8 Juli/August 2001

Generelle Betrachtung der EU und der UNO

Aufzeichnung eines öffentlichen Vortrages von Frau Doris Auerbach, Bettingen, bei den SD Reinach am 15. Februar 2001

Die UNO als Kriegsförderin

Es gelingt also unseren UNO-Helden nicht nur, die Welt gegen den Willen der Menschheit mit Waffen zuzumüllen, nein, sie führen ihre Kriege auch immer wieder ungehindert durch. Der gegenwärtige Stand dieses Scherbenhaufens beläuft sich auf weltweit 22.3 Millionen Flüchtlinge, die Zahl der infolge von Kriegswirren im eigenen Land Umherirrenden beträgt rund 25 Millionen. Die UNO tut nichts gegen die Waffenindustrie, da würden sich die Grossmächte ja selbst ins Patt setzen. Die Rolle des Kostenträgers der verbrecherisch hohen Destruktionskosten fällt dem Steuerzahler zu. Ich kann das nur noch als eine moderne Form der Sklaverei sehen, auch wenn man mich darob belächeln möge. Der EU-Bürger hat keinerlei Rechte, die es ihm gestatten, den Staat von Verwicklungen in Kriege oder der Übernahme von Kriegsfolgekosten abzuhalten. Im übrigen sind die uns dauernd vorgeführten Statistiken zur Waffenproduktion im Grunde genommen zu nichts wert. Ob 3 % hoch oder 1 % runter, so oder so reicht das Arsenal dafür aus, auch weiterhin jeden Konflikt zu inszenieren und darüber hinaus die Polizei der Diktaturen mit den schlagkräftigsten Ausrüstungen gegen ihr eigenes Volk einsatzbereit zu machen.

Sind unsere Bundesräte schwer von Begriff oder handeln sie bewusst arglistig gegen das eigene Volk

In der Botschaft des Bundesrats zur UNO-Beitrittsinitiative heisst es, der Stellenwert der UNO sei in letzter Zeit gestiegen. Wo? Durch das Einbinden der Nationen hat die UNO inzwischen eine Weltarmee zur Verfügung, die sie im Anschluss an die Kriege beliebig einsetzen kann. Auch die Regierungen der neutralen EU-Staaten sind bereit, Kontingente zu stellen und finden das höchst normal, in keiner Weise gegen ihre Neutralität gerichtet. Hierzu zählen Finnland, Irland, Österreich und Schweden, die behaupten, dass ihre Mitarbeit in den UN-Gremien nie oder nur am Rande zu Konflikten mit ihrer Neutralitätspolitik geführt hätte. Man kann dem nur entgegenhalten: Entsenden sie Truppen in Kriegsherde, sind sie schon nicht mehr neutral. Gegenwärtig sind Blauhelme weltweit in 14 Konfliktgebieten im Einsatz. 77% kommen mittlerweile aus der Dritten Welt, da Soldaten aus Ländern mit hohem Lebensstandard zu teuer zu stehen kommen. Im übrigen dürfte keine Grossmacht scharf darauf sein, eine stehende UNO-Streitmacht zu bilden, da eine solche ja ihre Möglichkeit zur Konfliktauslösung schmälern würde. Die Tatsache, dass die europäischen Länder infolge von Kriegen und Ländern mit Menschenrechtsverletzungen zum Einwanderungsgebiet geworden sind, hängt ganz klar auch mit den von der

EU an Diktaturen gelieferten Waffen zusammen bzw. damit, dass die EU es nicht verhindert, dass diese dorthin gelangen.

Noch mehr Lügen aufzutischen geht kaum noch

Die EU-Kommission wagt sich ausserdem auf nationales Terrain, wenn sie die Politiker ermahnt, «auf die Vorzüge der Einwanderung und der kulturellen Vielfalt» hinzuweisen. Die Wertegemeinschaft trägt somit nicht nur die hässliche Fratze der Waffenproduzenten, sondern hat darüber hinaus noch die Verächtlichkeit, ihren Bürgern die Folgen der Kriege als Vorzüge anzupreisen. Ich sehe das als eine kaltblütige Meinungsvergewaltigung. Der Innenminister der BRD, Schily, geriet prompt ins Kreuzfeuer rot-grüner Meinungswächter, als er von den «Grenzen der Belastbarkeit bei der Zuwanderung» schrieb. Interessanterweise besteht in der EU Einigkeit darüber, dass bei Bürgerkriegsflüchtlingen keine Quotenregelung erfolgen soll. Und davon gibt es ja gerade in Afrika Tausende. – Was sonst noch so angeboten wird, ist beachtlich: Für den Aufbruch ins 21. Jahrhundert hat Kofi Annan einen Weltpakt vorgeschlagen, bei dem die Privatfirmen, die NGOs und die Gewerkschaften mit der UNO im Verbund dafür sorgen sollen, dass die universell gültigen Grundwerte durchgesetzt werden. Mit Ausnahme der NGOs und der Gewerkschaften wären hier in meinen Augen wieder alle «Gangster» friedlich vereint. Das dargestellte UNO-Tableau möge all denjenigen zu denken geben, die dafür eintreten, dass ein Teil der Erlöse aus dem Goldverkauf zur Linderung der Not in aller Welt zu reservieren sei. Hier gilt: Erst wenn die Kriege befriedet sind und die Wirtschaft es aufgibt, um ihrer Vorteile willen mit korrupten Regimes zusammenzuarbeiten, ist Grund gegeben, unterdrückten Bevölkerungen beim Aufbau einer Demokratie unter die Arme zu greifen. Andernfalls sehe ich nur eine weitere uferlose Verschwendung von Geldern, über die sich gerade die Fadenzieher hinter den Kulissen freuen, müssen sie doch dann nicht in die eigenen Taschen greifen.

Der Internationale Währungsfonds

Auch beim IWF kann aus Zeitgründen nicht die ganze Tiefe dieser Institution ausgeleuchtet werden. Dennoch versuche ich im nachfolgenden, meine Sicht der Hauptstruktur darzulegen. Der IWF stellt eine weltumspannende Finanzdiktatur dar, gegen die unsere mittelalterlichen Steuervögte reine Waisenknaben waren. Das System ist äusserst einfach, wird aber meist nicht durchschaut. Die Profitgier der Wirtschaft und Banken bildet den Hauptfaktor dafür, dass der IWF in seiner jetzigen Form fortbesteht. Für seine Kredite bedient sich der Fonds ohne

Einschränkung in den Kassen der Nationalbanken der Mitgliedsländer.

Dank Verschuldung der Länder zur Weltherrschaft

Mit diesen macht er sich dann die kreditnehmenden Länder untertan. Dies ist umso einfacher, als die Drittweltländer fast ausnahmslos von diktatorischen oder schwer korrupten Regimes beherrscht werden. Die mit den Krediten verbundenen und vom IWF geforderten Struktur Anpassungsmassnahmen wirken sich fast immer zu Ungunsten der armen Bevölkerung aus.

Immer mehr Länder werden vom IWF abhängig

Das Angewiesensein auf den IWF zwecks weiterer Kredite schafft so auch die Voraussetzung für die Billiglöhne, von denen unsere Wirtschaft profitiert. Dadurch ergibt sich die Situation, dass die Lohnabhängigen weltweit in Konkurrenz zueinander stehen. Die im Zuge der Kreditvergabe angestrebten Privatisierungen der Ressourcen, die ja im Grunde genommen ausschliesslich der Bevölkerung gehören, ermöglichen es, dass landeseigene Ressourcen in den Besitz fremder Firmen gelangen, die sie oft zu einem Wert erwerben, der weit unter dem wirklichen liegt. Ferner erzwingt der IWF die Liberalisierung der Kapitalmärkte der Nehmerländer, was den Spekulationsgeldern Tür und Tor öffnet. Täglich gehen bis zu 1.000 Mrd. \$ solcher Gelder über den Erdball, ohne dass deren Erlöse einer Besteuerung unterworfen wären. Hier gilt es ganz speziell festzuhalten, dass der IWF immer noch nicht von seiner Praxis resp. Bereitschaft abweicht, finanzielle Verluste, die den Privatbanken drohen, mit Steuergeldern aufzufangen. Dieser Fakt wird oft in verschleierte, für den Leser schwer erkennbarer Form in der Presse dargelegt. In meinen Augen ist die zu beobachtende zurückhaltende Berichterstattung hinsichtlich dieses für mich absolut korrupten Missbrauchs von Steuergeldern zynisch. Ein ebenfalls in das Gebiet des IWF fallender Faktor sind die Waffen. Entweder kaufen IWF-Kreditnehmer westliche Waffen oder sie stellen diese selbst her und haben durch die momentane Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage erhöhte Möglichkeiten, ihre Waffen abzusetzen. – Im Jahre 1999 belief sich die Gesamtschuld der 41 ärmsten Länder auf 201 Mrd. \$, die der insgesamt 160 Entwicklungsländer lag bei der unvorstellbaren Zahl von 2.500 Mrd. \$. Die Mehrheit dieser Schulden soll in der Folge sukzessive gestrichen werden. In meinen Augen verarmt dann der Steuerzahler der Geberländer genau um die ersatzlos gestrichenen Summen. Die Forderung, den IWF ganz abzuschaffen oder seine Statuten grundlegend zu ändern, wird von vielen Nichtregierungsorganisationen gefordert. Ohne Erfolg. Der Konsens der Zentralbanken dürfte noch lange stark genug sein, damit das,

was ich als gigantisches Betrugsspiel ansehe, auch weiterhin ungestraft inszeniert werden kann.

Korruption im globalen Ausmass

Es sei an Indonesien aufgezeigt, in welchem Ausmass Korruption und IWF Verbündete sein können, da Indonesien im Bewusstsein der Öffentlichkeit wohl am besten verankert ist. Man darf hierbei generell nicht übersehen, dass gerade vom Islam beherrschte Länder ideale Voraussetzungen für eine Diktatur erbringen, was unserer Wertegemeinschaft ja keinerlei Dorn im Auge ist. Die blutigen Vorgänge während der Asienkrise 1998 dürften allen noch im Gedächtnis sein. Zu jenem Zeitpunkt trat der Zynismus des IWF durch die Worte seines damaligen Chefs, Michel Camdessus, voll zutage: «Er verlasse sich, was die Lage beträfe, auf die Vernunft Suhartos.» Seit wann hat ein Massenmörder wie Suharto auch nur einen Hauch von Vernunft?

Hauptschuldige kommen nie vor Gericht

Hauptakteur ist hier wiederum die USA, die den Diktator Suharto über Jahre hinweg gestützt hat. Dieser gelangte 1965 per Staatsstreich mit dem geheimen Einverständnis der USA an die Macht. Durch die Militärhilfe und die militärische Ausbildung der indonesischen Armee durch die USA wurde die zu jener Zeit starke kommunistische Partei zerstört, womit das Land der Ausbeutung durch den Westen preisgegeben war. Suharto allein schaffte die phantastische Summe von 15 Mrd. \$ beiseite. Von 1975 an erhielt das Land Waffen im Wert von 1 Mrd. \$ sowie 150 Millionen \$ an Militärhilfe.

Waffenhandel kennt keine Grenzen

Auch die Waffenlieferungen Englands und Frankreichs gingen unausgesetzt weiter. Die IWF-Kredite fliessen nach wie vor nach Indonesien, ungeachtet der täglich in Jakarta und anderen grossen indonesischen Städten gegen Wahid erfolgenden Demonstrationen, den Folterungen in Irian Jaya oder den Gewalttätigkeiten in Aceh. Die Studenten betrachten Wahid als Kriminellen, der in mehr als einen Korruptionsfall verwickelt ist. Nach Meldungen der *Herald Tribune* vom 29.1. haben Sicherheitskräfte bereits Tausende von Soldaten in Jakarta zusammengezogen. Wahid war Ende 1999 mit dem Versprechen angetreten, die Korruption zu beseitigen. Ironischerweise ist er unter anderem in einen Fall verwickelt, bei dem in seinem Namen drei Millionen \$ aus einem Fonds für Regierungsangestellte abgezweigt wurden. All das kümmert den IWF wenig. Hier zählt nur ein Ziel, den Zugriff auf Indonesiens Ressourcen offenzuhalten.

Fortsetzung im nächsten «Schweizer Demokraten»



Nicht Schweizer Art

Die Meldung aus Aarau hat bei grossen Teilen der Bevölkerung für Aufregung gesorgt. Am 6. August 2001 wurden in Aarau über ein Dutzend Korporale und Rekruten der Infanterie-Rekrutenschule von Ausländern mit Baseball-Schlägern und Eisenstangen tätlich angegriffen, wobei sechs Mann verletzt wurden. Der Schulkommandant gab daraufhin die Weisung

heraus, Schweizer Soldaten sollten sich in ähnlichen Fällen unverzüglich zurückziehen. Wenn kriminelle Ausländer merken, dass man Schweizer Soldaten unbehelligt und ungestraft überfallen kann, dann sind diese ihres Lebens bald nicht mehr sicher. Auch in Payerne wurden Rekruten angegriffen, in Neuenburg und Colombier wurden sie angepöbelt. Jetzt sind unsere Politiker und Behörden gefordert. Was muss noch alles passieren, bis wir merken, dass wir nicht mehr Herren im eigenen Hause sind? Wer die Geschichte der Eidgenossenschaft kennt, weiss, dass es nicht Schweizer Art ist, sich aus dem Staub zu machen, sich erpressen, bestechen und unterdrücken zu lassen und sich fremden Richtern zu beugen. Das Schweizervolk hat im Zweiten Weltkrieg als kleinstes Volk in Europa die grössten Opfer für seine Unabhängigkeit gebracht.

Arnold Guillet, Stein am Rhein

Kriminelle Asylanten

In der erneut entflammten Diskussion über kriminelle Asylanten stellt offenbar niemand die Frage, ob die Asylanträge solcher Leute überhaupt ernst zu nehmen sind. Wenn sie bei der Aufnahme behaupten, sie seien gefoltert worden und in Todesgefahr gewesen, so nimmt doch jeder normal denkende Mensch an, dass sie nun glücklich und dankbar sein sollten, wenn sie in Sicherheit sind, zu essen und ein Dach über dem Kopf haben. Wer sich aber unkooperativ und

renitent verhält und gar Verbrechen begeht, beweist damit, dass er gelogen hat und mit anderen Absichten in unser Land gekommen ist. Er gehört deshalb ohne Wenn und Aber ausgeschafft. Weil dies nicht geschieht, verbreitet sich in den Herkunftsländern rasch die Kunde, dass man in der Schweiz sogar als Verbrecher auf Kosten der Allgemeinheit gut leben und frei herumlaufen kann.

Armin Gehrig, Birmensdorf

Gefährliche Macht der Grossen

Im Fall Milosevic geht es nicht nur um eine Person, sondern um eine zukünftige internationale Weichenstellung durch die Grossmächte wie Nato, Uno, EU. Auch die ganze Globalisierungstaktik zielt in Richtung Weltmacht und

Weltpolitik. Von der Schuld der Nato wird kaum gesprochen. Milosevic war wahrscheinlich kein Vorbild. Aber die Macht der Grossen über viele Kleinstaaten ist sehr gefährlich.

Otto Vogt, Wetzikon

Im Interesse unseres Landes?

Mit Erstaunen konnte man kürzlich vernehmen, dass schon mehrere Schweizer Elektrizitätswerke an ausländische Firmen verkauft worden sind.

Damit scheint gegeben, dass die Direktiven und die Tarifgestaltung nicht mehr in Schweizer Händen liegen, sondern an ausländische Interessenten «verschachtet» worden sind. Die bisherigen Bestimmungen, dass diese wichtigen Werke möglichst im Interesse der Schweizer Industrien und Konsumenten betrieben werden, sind damit wohl hinfällig geworden, und es wird daher nur eine Frage der Zeit sein, bis die Stromkosten nicht

mehr den Interessen unseres Landes, sondern nur noch den Begehrlichkeiten von fremden Finanzgruppen nützen.

Hinzu kommt, dass dadurch die Wartung und der Betrieb dieser unentbehrlichen Werke nicht mehr von Schweizern ausgeführt wird, sondern diese Leistungen werden in Zukunft vorab den Landsleuten der betreffenden Werkbesitzer übertragen, nicht zuletzt darum, um billigere Arbeitskräfte aus dem Ausland zu rekrutieren. Damit bietet sich auch die Gelegenheit, ausländische Arbeitslose in die Schweiz zu verschieben, wodurch jene Regierungen weniger Auf-

wendungen für Arbeitslose leisten müssen. Dass dadurch mehr Schweizer «auf der Stecke» bleiben, scheint niemanden zu kümmern. Die in Gang gesetzte Globalisierung wird diese Bestrebungen

horrend erleichtern! Das Gleiche gilt wohl auch für weitere aus der Schweiz ans Ausland verkaufte Industriezweige.

Arnold Brennwald, Meisterschwanden

Papierlose – «Erfolg» für Ruth Metzler!

Gegenwärtig werden die Auftritte von Papierlosen in der Schweiz immer penetranter, ihre Forderungen frecher! Monatelange Besetzungen von Kirchen sind frech und rücksichtslos gegenüber unserem Lande. Unsere Behörden sind nicht in der Lage, Gesetze anzuwenden und solche Leute mit ihren Helfershelfern zu stoppen. Werden Verkehrsregeln missachtet, büssen «Männer des Gesetzes» sehr schnell. Illegale haben Schonung! Monatelange, widerrechtliche und anstössige Besetzungen einer Kirche werden einfach hingenommen. Nutzniesser aus aller Welt gelangen via Medien mit «Botschaften» an Volk und Land! Gleichzeitig pilgert Frau BR Metzler (CVP) in der EU herum. Dabei hat die Frau doch gar keinen Auftrag! Scheengen gilt für EU-Länder und heisst, Abbau der Grenzkontrollen für alle. Ungehindert können 400 EU-Millionen alle nationalen Grenzen überschreiten. Personenkontrollen können nur noch stichprobenweise im Hinterlande der einzelnen Staaten ausgeführt werden. Polizeior-gane warnen und sehen grosse Probleme auf die EU zukommen. Doch Frau Metzler will die Schweiz auch als Nicht-EU-Land mitmachen lassen und pilgert untätigst nach Brüssel. Dabei hätten wir Null Mitsprache. Offenbar glaubt Frau Metzler, die Eidgenos-

sen so in die EU «führen» zu können. Warum aber haben wir überhaupt Papierlose, Frau Bundesrätin? Kontrollieren Ihre Grenzorgane unsere Grenzen überhaupt? Wenn ja, wie kommen dann die vielen ohne Papiere in unser Land? Warum werden diese Leute nicht unverzüglich ausgeschafft? Keine Grenzkontrollen gemäss Scheengen wären ja eine einzige Einladung für Millionen von Illegalen aus aller Welt. Wie aber kommt es, Frau Metzler, dass Papierlose hier arbeiten? Wie kommt es, dass sie eine Arbeitsbewilligung erhalten? Wäre es vielleicht nicht an der Zeit, Ordnung im eigenen Hause zu schaffen, bevor Sie auf Reisen gehen? Was ist mit der Aufsicht, der Polizei an den Grenzen, in den Gemeinden und im Bereiche Arbeit? Was ist los in unserem Lande? Arbeiten denn unsere Polizisten ausnahmslos beim Verkehr? Denn auch die zahllosen Einbrüche und Verbrechen von «Touristen» werden ja kaum aufgeklärt? Was tun Sie eigentlich, Frau Bundesrätin, in dieser Richtung? Was tut Ihr Departement? Hat bei Ihnen unser Land erste Priorität? Immer mehr Menschen beginnen zu zweifeln!

Schweizer Demokraten, Kantonale Parteileitung, Geschäftsleitung: Hans Meyer, Werner Bättscher, Willy Schmidhauser

Zur Ergänzung unseres Mitarbeiterstabes auf dem SD-Sekretariat suchen wir

eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter

für eine 40–50%-Stelle (Alter nicht entscheidend!). Die Präsenzzeit kann flexibel geregelt werden.

Es sind anfallende Büroarbeiten zu erledigen, Schreibarbeiten mit dem Computer zu verrichten, Postein- und -ausgänge zu bearbeiten, Propagandamaterialanfragen selbständig zu erledigen, Telephone entgegenzunehmen usw.

Vollständige Identifikation mit unserer Partei und Verschwiegenheit selbstverständlich. Kaufmännische Grundausbildung von Vorteil aber nicht unbedingt Bedingung. Die Person muss organisatorisches Flair haben und gewohnt sein, selbständig zu arbeiten. Arbeitsort Stadt Bern. Übliche Lohnbedingungen.

Bewerbungsunterlagen sind schriftlich und vertraulich zu senden an: **Rudolf Keller, Adlerfeldstrasse 29, 4402 Frenkendorf (Telefon 061 - 901 13 71)**



40 ans DS/AN



Lonny
Flückiger,
vicepresidente
DS,
Cernier

Chers confédérés

En ce premier août 2001, nous fêtons les 40 ans de l'Action nationale devenue plus tard les Démocrates Suisses et la fête nationale. Il y a également 40 ans que j'ai déménagé de Genève à Cernier. Malheureusement dans ce canton de Neuchâtel, le quorum pour les votations est le plus haut de Suisse, 10% c'est pourquoi notre parti n'a jamais obtenu de siège. Outre cette cause fondamentale, il y a le fait que nous refusons toute allégeance à l'Union européenne, que nous sommes contre l'entrée à l'ONU et que je suis d'origine suisse alémanique. Combien de fois n'ai-je pas entendu: «retourne en Suisse allemande!» Ceci démontre en plus qu'il existe une «discrimination nationale» dont la loi muselière 261^{bis} ne tient aucun compte. Pendant ces quarante ans d'existence du parti nous avons été dénigrés, vilipendés et attaqués. Heureusement, nous avons enregistré quelques succès malgré le désintéressement du peuple suisse devenu indifférent au sort de sa patrie, ce qui est regrettable.

Une année riche en événements négatifs vient de s'écouler et malgré tout, nous voulons fêter avec

conviction et chaleur l'anniversaire de notre chère Helvétie et le parti des Justes. Car il y a des justes là où l'on sait regarder. Je pense tout particulièrement à la situation de notre pays, ce pays où je suis née, ma patrie où tout est remis en question par certains élus qui trahissent le peuple de toutes les façons possibles. Nos autorités ne respectent plus la volonté populaire, car elles préfèrent s'immiscer dans les affaires étrangères. A la tête du Département de Justice et Police, il faudrait un homme, car les ordres d'une femme aussi haut placée soit-elle, ne seront jamais respectés par ceux appartenant à l'Islam. Cette religion devenue la troisième en importance de Suisse obéit d'abord à la charia. Vient s'ajouter à ce contexte l'occupation des églises chrétiennes par des musulmans dans le canton de Fribourg par des sans papiers, la plupart clandestins, qui exigent d'être régularisés. Le 15 juin, les bureaux pour les étrangers à Berne, Fribourg Lausanne et Lugano ont été occupés par des étrangers revendicateurs. Au lieu de prendre des mesures draconiennes pour remettre au pas une bande étrangère qui assiège tout un peuple, nos autorités tergiversent, prennent le temps de réfléchir et font des propositions de compromis qui enveniment l'atmosphère. Dans le même temps, ces responsables suisses préfèrent dépenser 4 millions de francs pour faire la chasse à des soi-disants néo nazis qui commettent moins de dégâts que les casseurs gauchistes qui ont sévit avec bonheur à Zürich

pendant le WEF de Davos et ailleurs. Le politiquement correct n'a décidément plus de limite à la compromission. Une autre hérésie m'attriste profondément. Dans notre pays aujourd'hui on méprise le drapeau et ceux qui osent le brandir, il y a des échauffourées lors de défilés militaires et la musique folklorique a du céder la place à des hurlements de parades d'amour et de Gay pride. On voit par contre en France, le 14 juillet, des défilés militaires marchant au pas cadencé sur des musiques bien françaises avec à la clé le passage des légionnaires, le tout accompagné de grondements de chars et de vrombissements d'avions dessinant dans le ciel les couleurs tricolores. Un autre thème qui fait peur, c'est la nouvelle où les gens de couleur qui habitent en grand nombre chez nous créent un mouvement dirigé uniquement par des noirs pour lutter contre le racisme et la discrimination qu'ils auraient dans notre pays, comme si notre article 261^{bis} était insuffisant. Quand donc ce mouvement viendra-t-il chez nous pour dicter ses lois et pourquoi pas expulser les citoyens suisses du pays. Les églises elles-mêmes se mêlent de politique et leurs ministres du haut de leur chaire, soutiennent notre entrée à l'ONU. Notre capitulation devant l'UE, les naturalisations facilitées, la régularisation des sans-papiers, l'aide matérielle aux familles, les pacs plus de droits pour les immigrés etc. ne disent rien contre les mariages blancs, les vols organisés et autres ses infamies commises par un nom-

bre croissant d'étrangers dont les statistiques reconnaissent enfin l'exactitude. Oui la Suisse va mal. Elle est en train de perdre son âme. Même nos langues nationales sont phagocytées par l'anglais qui prend la première place. Or une langue fait partie intégrante de la souveraineté nationale. Voyez les banques qui utilisent les titres comme Swissbank, Priority, economy, exchange, les postes qui se gargarisent avec des Swisscom, Swisscomshops et les CFF n'avançant qu'avec les vocables Railwaybest, Ticket Best Chances, Rail Service Check-in, Pocketguide, Rent a bike, City Night line et j'en passe. Nos valeurs et coutumes sont-elle en train de disparaître dans notre pays? Cette fête du premier août devrait être l'occasion de remettre à l'honneur nos chants et danses folkloriques, l'hymne national et nos spécialités culinaires. Au lieu de cela, comme à Boveresse (Val de Travers) les autorités ont engagé des groupes musicaux appelés Soul vaccination Formation Funk et autres. L'espoir de lendemains plus sereins ne serait-il que l'apanage des Démocrates suisses dernier bastion de notre identité. Jusqu'à présent nous n'avons vu aucun magistrat se lever pour protester contre ces comportements.

Ne perdons pas courage et chantons avec les cloches un espoir inébranlable. Que les feux, les chants nous aident à célébrer la fondation de la Confédération Suisse. Je souhaite à toutes et à tous une belle et agréable journée.

Pourquoi tant de violence

Beaucoup de citoyens surtout de l'ancienne génération s'étonnent du regain de violence qui se manifeste à l'école. En ce qui me concerne, je suis effarée de lire ou de voir à la télévision, des scènes dignes du plus violent des films de cowboys spaghetti. Je ne pense pas que c'est à cause de l'origine immigrée d'un grand pourcentage d'élèves que la violence s'installe, c'est plutôt à cause de l'échec de l'intégration qui se fait à rebours. L'éducation devrait inclure à priori le respect de l'environnement moral, religieux et physique, le respect et l'obéissance à nos lois, vu la grande diversité des ethnies concernées. Les enfants d'immigrés qui étaient certes moins nombreux

à mon époque, se fondaient facilement dans la société d'accueil et dans notre culture grâce à l'efficacité du système d'enseignement qui était juste et sévère et ne ressemblait en rien aux théories pédagogiques forgées depuis 1970, bannissant la discipline scolaire avec en corollaire, une dégradation du savoir. Les jeunes immigrés n'étant plus encadrés sont déboussolés, livrés à eux-mêmes, tirillés sans explication entre les maîtres d'école et leurs parents ce qui augmente leur ressentiment d'être laissés pour compte et mis à l'écart. Les déclassés foisonnent et les violents d'aujourd'hui sont les illétrés d'hier et seront les chômeurs de demain.

La solution à cette violence est donc la restauration et l'application rigoureuse du principe de la participation à la vie sociale qui passe par l'obéissance aux devoirs qui accompagnent les droits offerts à nos hôtes.

La première erreur qui a été commise favorisant la montée de la délinquance juvénile, a été l'affirmation du droit pour les enfants d'immigrés à conscrer leur culture d'origine dans le système éducatif du pays d'accueil. Si cette procédure est acceptable dans le milieu familial et privé, c'est une aberration en milieu scolaire surtout dans sa composante religieuse qui va à l'encontre des lois en vigueur. Cela provoque, surtout chez les garçons des revendications identitaires accompagnées d'une intransigeance particulière et spécifique à la reli-

gion musulmane. Ces exigences vont souvent jusqu'à porter gravement atteinte à la neutralité de l'enseignement, visant même à demander qu'on expurge les programmes pour les mettre en conformité avec le Coran. Il en résulte un refus de considérer la femme comme l'égale de l'homme, à s'estimer en droit de suivre les principes de l'islam qui vont à l'encontre des lois du pays d'accueil et de considérer l'ensemble de l'Occident démocratique comme un ennemi à qui l'on voue une haine justifiant les violences.

L'autre erreur de nos gouvernements occidentaux, est l'interdiction de sévir et d'interdire toute répression contre la délinquance et la criminalité des jeunes. Seule la

En parcourant la presse

C'est l'été, y a pas photo

Pour changer, la presse revient en détail sur deux thèmes longuement exposés, celui de la mère droguée et voleuse venue du Portugal pour laisser mourir un bébé abandonné dans l'appartement désert. La jeune personne fait même la une du magazine Hebdo par l'interview qu'elle a donné à ces messieurs en mal de copie.

L'autre thème ressassé du demandeur d'asile mort d'un arrêt cardiaque lors de son transport forcé à l'aéroport, revient aussi comme un leitmotiv, juste au moment où la révolte des sans papiers est longuement discutée dans tous les médias. Ce sont de merveilleux textes de vacances. Merci Messieurs. On rit bien!

Pleurnicheries égoïstes

Et alors? Pourquoi se frapper la poitrine parce que Lausanne n'a pas été choisie comme base d'une nouvelle organisation internationale anti-dopage, soi-disant parce que la Suisse n'est pas dans l'Union européenne et n'appartient pas à l'ONU. Après tout, Montréal a bien droit, elle aussi (comme ce fut le cas pour Pékin) d'être choisie par quelques délégués olympiques, sans qu'il soit nécessaire de nous accuser en bloc, nous citoyens suisses, d'être coupables parce que nous nous replions sur nous mêmes. Si pour une fois, on disait franchement qu'il ne s'agit pas de repli, mais de protection contre les aléas qui nous attendent vu la mauvaise réputation que nos médias s'ingénient à répandre sur nos banques, nos mafias cigarières, nos refus répétés de nous laisser ber-

Pourquoi tant de violence

Suite de page 13

prévention est considérée comme exempte de racisme. Cette inaction de la part des pouvoirs publics incite à une continuité dans la violence revancharde, favorisant la prolifération de l'insécurité qui se nourrit de l'assurance de l'impunité.

Espérons que nos autorités se réveilleront avant qu'il ne soit trop tard et qu'elles cesseront de s'amuser à change le système des notes, après celui des mathématiques qui a lamentablement échoué. Au lieu de ressasser des griefs racistes accusant les pays d'accueil de toutes sortes de manquements, les organisations humanitaires feraient mieux de s'intéresser à l'éducation elle-même et à l'application des lois en vigueur applicables à tous et surtout à leurs protégés.

Maria de Seimners, Genève

ner, et maintenant d'être le centre albano-kosovar du trafic mondial de drogues et de commerce d'armement!

Quelle logique?

Je ne comprends pas pourquoi une femme se fait amender et mettre en prison pour avoir fumé du «H» pour se libérer de l'alcoolisme, et que dans le même temps, des drogués bénéficient de locaux d'injection et de drogues dures, gratuitement dans quelques grandes villes de Suisse sans que la police et la justice n'interviennent. Aurait-il mieux valu que cette femme reste dans la mouvance des accrocs de l'alcool qui sont une honte pour notre société? Il me semble que l'héroïne et la cocaïne délivrées aux toxicomanes sont plus dangereuses que l'alcool, donc doublement amendable! Ou va-t-on?

Love parade interdite

Bravo Moscou! Les autorités russes ont refusé de donner le feu vert pour une love parade dans la capitale, estimant qu'une telle manifestation serait de la «propagande en faveur du dévergondage». De cela, la presse n'a pas parlé ici, et les journalistes resteront muets afin de garder une large place de félicitations pour le bruit, la saleté et la décadence des fêtes de Genève et de Zurich. Ajoutons à cela que les chiffres mentionnés de participants

ont été surfaits, il n'y a qu'un pas pour que nous ayons bientôt dans nos rues, des rave parties ne respectant ni les lois, ni la tranquillité des habitants «normaux».

Où va l'argent des contribuables?

Bâle vient d'acheter pour son musée, une œuvre de Reto Fredo, ex révolutionnaire italien, pour la somme de fr. 16.000.-. Et savez-vous ce que représente cette acquisition au prix faramineux? Une planche de quelques centimètres d'épaisseur, sciée en long d'un tronc de châtaignier du Malcantone. A la hauteur de l'oeil de l'«amateur d'art» il a fixé à l'aide de 4 punaises, une mince feuille de papier de quelques centimètres carrés et à l'aide d'un crayonnage enfantin, il a fait ressortir les veines du bois. Sans commentaires!

Et revoilà le racisme!

Monsieur Maurice Leuenberger vient de refuser de participer à la conférence mondiale sur le racisme. Heureusement que l'une de nos autorités montre qu'on peut dire non lorsque les choses vont trop loin. Il a fait preuve d'asser de présence d'esprit et de logique pour ne pas mettre un doigt dans cet engrenage qui consiste à forger de toutes pièces un concept scientifique (!) de race entièrement dépassé. Pour ceux qui accusent notre président de n'avoir pas voulu jouer le rôle d'un membre de la commis-

sion contre le racisme, provoque naturellement l'ire des idiots utiles politiquement corrects, qui soulignent que notre pays s'aligne sur les Etats Unis qui menacent de boycotter la conférence de Durban si les questions des réparations envers les Noirs et du sionisme restent à l'ordre du jour. De nouveau les médias s'empressent de mélanger les commentaires sur cette conférence, avec le remue-ménage éhonté que font les sans papiers multiraciaux qui s'incrument chez nous, et ceci profitant de l'indifférence des citoyens sur ces sujets, afin de détourner l'attention sur d'autres problèmes plus graves. (Nous y reviendrons)

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

Je désire m'abonner au «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

Organe officiel des
Démocrates Suisses



Secrétariat central:

Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 - 974 20 10
Fax 031 - 974 20 11
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch

Rédaction:

Démocrate Suisse
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 - 974 20 10
Fax 031 - 974 20 11
E-Mail:
sd-ds@bluewin.ch

Apartheid ou intégration?

Poser la question, c'est y répondre en affirmant que ces deux termes sont un pléonisme vicieux. Examinons ces deux antithèses qui se rejoignent en fin de compte, car l'apartheid existe de nos jours aux Etats Unis par ses nombreux ghettos dont les Indiens dans leurs réserves, les habitants asiatiques, indiens ou chinois ne se mélangent pas, tout en vivant côte à côte dans l'harmonie du business. Il en va de même en Espagne où les Basques refusent de s'intégrer aux Espagnols et jouent avec des bombes pour se protéger d'une contagion à la Christophe Colomb, ainsi qu'en Irlande du Nord où les catholiques se protègent comme ils peuvent de la peste protestante orangiste. Hier, les émeutes de Bradford en Angleterre, éclairèrent crûment la folie insensée des illuminés mondialistes qui s'acharnent à vouloir mélanger toutes les races et toutes les religions.

On voit que ce sont des éléments qui ne se mélangent pas tant du point de vue ethnique que du point de vue religieux. Les chrétiens ou autres ont une peur bleue de l'is-

lam qui essaye par la violence et le meurtre, à imposer Sa façon de vivre aux êtres humains tant au Bangladesh, au Cachemire qu'au Soudan par exemple, et nous pouvons nous aussi, européens passifs, avoir peur de ces sermons prêchant l'intégration généralisée impossible.

On a jeté l'anathème à Hitler, on a ruiné l'Afrique du Sud, Israël en Palestine confirme l'impossibilité de ces amalgames contre nature, alors que la solution pour un monde en paix, consisterait, à Dieu rie plaise, d'instaurer à nouveau des séparations bien définies entre chaque peuple en respectant ses us et coutumes, mais en n'ouvrant les barrières que pour commercer. Voilà un mondialisme bien conçu, les uns n'imposant pas aux autres dans leur vie privée quotidienne, des façons de vivre aux antipodes les unes des autres. Enfin, pour sauvegarder l'hypocrisie du politiquement correct inventé par des cervelles malades à leurs neurones, on n'appellera pas ça apartheid mais intégration parcellaire.

Mary Meissner, Vernier

Le Pileri

Les requins attaquent les humains

Il y a eu 79 attaques de requins non provoquées dans le monde depuis 1999 et 34 attaques en Floride cette année contre des baigneurs et des veliplanchistes. Ceci prête à réflexion. Ont-ils faim? (la pêche devient de plus en plus totale dans les Océans) Sont-ils malades de la pollution et des saletés qui recouvrent coraux et algues marines? Sont-ils furieux d'être décimés par milliers et laissés pour compte sans ailerons qui ont été coupés par des hordes sauvages d'humains sans coeur? Défendent-ils leur dernier espace vital qui disparaît le long des côtes de plus en plus bétonnées? Est-ce une sorte de vendetta animale? Pauvres requins qui ne comprennent pas (à moins qu'ils cherchent à se suicider) qu'au-dessus d'eux, il y a des prédateurs féroces bardés de fer et porteurs de harpons qui, au lieu de chercher le meilleur moyen de rééquilibrer leur environnement, organiseront des représailles sanglantes sans état d'âme.

Paradoxe genevois

Récemment, le Conseil Municipal de la ville de Genève a accepté de voter un crédit de fr. 300.000.- pour célébrer les commémorations autour d'Henry Dunant à la condition expresse que l'armée ne soit pas associée à ces manifestations. D'une part, l'illogisme de ces demandes sont en flagrantes contradiction des buts de la Croix Rouge qui s'occupe justement des armées, et d'autre part, la ville n'a pas hésité à accepter une parade d'avions militaires suisses et français (ces derniers étant les mêmes qui ont semé la mort en Irak et au Kosovo), aux fêtes de Genève. Il y a lieu de se demander s'il y a deux poids et deux mesures concernant l'infanterie facilement attaquable et des cibles rapides et hors de portée, donc moins provocatrices? Quant à l'alerte à l'ozone durant les jours caniculaires qui précède ces deux semaines, elle a été superbement oubliée.

Agression à Aarau

Suite à l'agression commise sur un groupe de soldats suisses lundi soir à Aarau, par un groupe de «Hooligans étrangers, une discrétion «obligatoire» a été exigée des médias afin d'éviter que des sentiments xénophobes se réveillent ou se renforcent. Dans la marge des journaux romands, il n'y eut que trois lignes avisant l'arrestation de huit jeunes étrangers. Qui ils sont, de quel pays ils viennent, sont-ils des réfugiés ou des clandestins? Motus. Mais lorsqu'il s'agit d'une rixe où

Que fait l'ONU et quels avantages apporte-t-elle à ses membres?



A part le fait que l'on souligne à chaque fois que cette question est posée, que l'ONU est le Forum mondial des rencontres internationales pour plus de 189 pays, et qu'ainsi des échanges et des palabres peuvent s'établir à un certain niveau, la situation catastrophique dans presque tous les pays onusiens prouve qu'il n'en est rien et que ce lieu qui se veut convivial et humanitaire, est en réalité un nid de complots, d'échanges douteux et mensongers et de compromissions à la hauteur de la dégradation mondiale.

C'est une tour de Babel où chacun parle son propre dialecte sans jamais essayer de comprendre le langage de son partenaire. L'adhésion de la Suisse à l'ONU revient à l'ordre du jour du Conseil Fédéral et la commission du Conseil des Etats a approuvé par 10 voix contre 1 de l'UDC schaffouoise, l'initiative populaire «pour l'adhésion de la Suisse à l'ONU». Le Parlement suivra sûrement la première Chambre, alors que le Conseil des Etats se prononcera en juin. Les conseillers se félicitent pour avoir fait un petit pas politique en comblant une lacune dérangeante. Nous sommes dirigés par une bande d'aveugles et de sourds. Car la Suisse a tout à perdre en entrant dans ce panier de crabes incompetents qui accumulent tant de bourdes et d'impairs. Il y a des années que l'indépendance de notre pays vis-à-vis de ses voisins souvent en guerres chaudes ou froides a porté ses fruits, puisqu'on a souvent réclamé ses bons offices. En adhérent au consortium onusien, plus personne ne croira aux bons offices d'une Suisse qui se sera vendue.

Le directeur du Développement et de la coopération, Walter Fust a déclaré à Berne que l'intégration de la Suisse au sein des Nations Unies est primordiale pour améliorer la coopération au développement. De quel développement parle-t-il? Il serait grand temps de sérier les points principaux et ne pas tout mélanger. Il y a une certaine échelle des valeurs à respecter. Si la neutralité qui est un point crucial n'est pas encore mise en cause, c'est parce que l'initiative sur l'en-

un Suisse est mis en cause, on connaît tout de suite son nom, son âge et sa nationalité.

Les sans papiers se déchainent

Quel monstre toupet de la part de ces gens-là! Non seulement ils s'infiltrèrent comme des voleurs, non

seulement ils travaillent au noir dans une économie souterraine qui ruine l'Etat, non seulement ils occupent les églises des infidèles dont le Coran demandent la disparition, au lieu de s'installer dans leurs mosquées, mais ils critiquent «l'arrogance de Couchepin», parce qu'il refuse de dialoguer, ce qui

prête à rire, car l'arrogance vient de soldats armés à l'étranger n'avait pas encore été votée. Mais cette proposition ayant été acceptée en même temps que la modernisation de l'armée, adieu la neutralité. Nous serons dans l'engrenage de l'OTAN puisque nous sommes déjà dans le PPP. (Partenariat pour la paix) Et si nous parlions des subventions? nous devons payer des cotisations faramineuses en plus des arrangements de la FIPO. (Fédération Internationale pour terrains et bâtiments internationaux) soit 500 millions que nous versons déjà à bien plaisir, plus 52 millions pour frais de fonctionnement. A voir les résultats dramatiques depuis que l'ONU a remplacé la SDN, c'est de l'argent jeté par les fenêtres qui sert en priorité à payer l'organisation de conférences qui ne débouchent que sur des suggestions et des recommandations. Peut-être cela vaut-il mieux, car lorsque l'ONU donne son aval, on voit les tragédies se multiplier comme en Irak, dans le Golfe, au Kosovo, en Serbie, en Tchétchénie, en Palestine, etc.

Le professeur Robert Charvin de l'Université de Nice qui est un spécialiste du droit international a souligné la nouvelle dialectique qui parle de «la manière de venir en aide aux peuples en danger» vraie question à laquelle on donne cette mauvaise réponse: «on parle d'ingérence, mais qui bénéficie ou pâtit de cette manière mondialiste de s'ingérer? A-t-on vu des pays du tiers monde intervenir dans le processus d'élection du président à la Maison Blanche ou à la Mairie de Paris?» Et pourquoi l'OTAN, bras armé de l'ONU, n'envoie-t-elle pas des raids répressifs contre ces Indonésien assassins, preneurs d'otages et exterminateurs de populations? Pourquoi n'exerce-t-on pas ce droit d'ingérence en Tunisie, et en Algérie où tant de crimes sont commis? Qu'attend-on pour sauver les femmes afghanes? Que fait-on pour que cesse le trafic d'esclaves au Soudan? Quelles mesures sont envisagées pour protéger les Afrikaners blancs?

Par contre Kofi Annan sort de son rôle pour venir récolter à Berne des fonds en faveur de la lutte con-

tre le sida, alors qu'il y a tellement d'ONG dont c'est le fond de commerce. Il aurait mieux fait de demander le versement des cotisations arriérées de ses membres dont les USA pour rembourser les 746 millions destinés au Koweït, petit solde restant sur les 12 milliards déjà versés aux vrais et faux débiteurs.

Lorsqu'on sait que l'ONU est sous l'emprise de la finance mondiale et sert d'abord les intérêts des institutions financières internationales, selon les affirmations d'Oberst Dall, beau-fils de Roosevelt, on peut se poser des questions concernant le bien fondé de notre faramineuse contribution actuelle et probablement celle à venir!

Liaisons dangereuses

Une dernière information pas du tout sympathique. Après toutes les turpitudes citées cidessus, voici qu'on apprend que l'ONU entretient des liaisons dangereuses avec de fausses ONG qui pullulent à Genève autour des divers bâtiments de l'ONU, (OMM, OMS, UIT, OMPI, HCR, UNICEF, UNESCO, DROIT de l'HOMME, et j'en passe). Un diplomate a même proposé dans une interview récente qu'il va falloir un jour ou l'autre donner un coup de pied dans la fourmière. Il paraît qu'une fausse ONG a demandé le droit d'asile pour Raffaello Gelli et son épouse, de la loge P2, soi-disant membres d'une ONG (ACU) soit agence des Cités Unies, pour participer à la 51^e session de la commission des Droits de l'Homme. Or on sait depuis longtemps que l'intitulé «non gouvernemental» est dévoyé puisque plusieurs ONG se glissent dans le sillage des vraies Organisations humanitaires. Ce qui prouve le laxisme existant, l'incompétence, le je m'en foutisme ou les intrigues secrètes pour soutirer le plus d'argent possible aux gogos qui croient encore à la transparence et au mot déontologie vilipendé à tort et à travers.

Qui voudrait encore donner son aval à l'entrée de notre pays dans cette O-nulle, nous sommes tellement mieux en dehors!

Mary Meissner

d'abord de chez eux. J'espère qu'ils vont se calmer et faire leur mea culpa vis-à-vis de mes compatriotes humanistes qui les soutiennent envers et malgré tout, car pour ma part et celle de beaucoup de Suisses, nous n'en avons rien à cirer. Que les églises qui se rebiffent contre nos lois, se débrouillent.

Octopus

Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:
Rudolf Keller, SD-Zentral-
präsident, Frenkendorf
Dr. Jean-Jacques Hegg,
Dübendorf (Leben und Umwelt)
Bernhard Hess, Nationalrat,
SD-Zentralsekretär, Bern (CR)
Dr. Dragan J. Najman, Grossrat,
Einwohnerrat, Baden
Willy Schmidhauser, Präsident
SD Thurgau, Dettighofen
Hans Steffen, Fischenthal

Nach den Angriffen auf Militärangehörige:

SD fordern «Sackbefehl Pfefferspray»

Für die Schweizer Demokraten (SD) sollen sich Schweizer Wehrmänner im Ausgang künftig nicht mehr alles gefallen lassen müssen. Deshalb wird SD-Nationalrat und Zentralsekretär Bernhard Hess in der kommenden Herbstsession im Bundeshaus vorstellig. Er fordert in einem parlamentarischen Vorstoss für Schweizer Militärs im Ausgang «Sackbefehl Pfefferspray». Laut SD ist es für jeden Wehrmann entwürdigend und eine Schande,

im Falle eines Angriffs seitens gewaltbereiter Ausländer oder Linksextremisten den von der Armeespitze verordneten Befehl «Abhauen» zu vollziehen. Wo Ruhe und Ordnung gebrochen werden, ist die Armee nach wie vor per Verfassung zum «Ordnungsdienst» verpflichtet. Deshalb fordert SD-Nationalrat Bernhard Hess die Prüfung einer angemessenen Bewaffnung von Schweizer Soldaten zum Selbstschutz im Ausgang. Ins-

besondere schwebt ihm die Abgabe von Pfeffer- oder CS-Reizgas-sprays an Schweizer Militäranghörige als Sackbefehl vor. Hess weist in seinem parlamentarischen Vorstoss darauf hin, dass insbesondere auch die Securitas-Sicherheitsangestellten infolge vermehrter Gewaltvorfälle kürzlich mit Pfeffer- oder Reizgas-sprays ausgestattet wurden.

Bernhard Hess, Nationalrat,
SD-Zentralsekretär

Schweizer Demokraten (SD) distanzieren sich vom Bergier-Bericht

Die Schweizer Demokraten (SD) verurteilen den Bergier-Flüchtlingsbericht als einseitig, selbstgerecht und parteiisch. Insbesondere linke Historiker aus dem In- und Ausland massen sich an, aus heutiger Sicht über die damalige Schweiz und die verantwortlichen Behörden zu Gericht zu sitzen. Der Bericht verkennt, dass die verantwortlichen Behörden und das Schweizer Volk unter schwierigsten Umständen eine hervorragende

Gesamtleistung erbracht haben. Sie haben unser Land und seine Bevölkerung – darunter auch 300'000 Internierte und Flüchtlinge – vor den Schrecken des Krieges und der möglichen Besetzung, vor Tod, Hunger und Elend bewahrt. **Inbesondere unterschlägt der parteiische Bergier-Bericht auch, dass die Schweiz während dem Zweiten Weltkrieg mehr jüdische Flüchtlinge aufgenommen hat als jedes andere Land.**

Der Bergier-Flüchtlingsbericht wird der damaligen äusserst schwierigen Kriegs-Situation keineswegs gerecht. Die SD fordern den Bundesrat deshalb eindringlich auf, diesen einseitigen Bericht zurückzuweisen und insbesondere auf erneute Entschuldigungen und auf Büssertum zu verzichten.

Bernhard Hess, Nationalrat, Bern
und Hans Steffen,
a. Nationalrat, Fischenthal

**Stärken Sie die
Schweizer Demokraten
durch Ihre Mitgliedschaft!**

Abonnement
SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich
pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
 Nur Zeitungsabonnement
 Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Keine Legalisierung der Illegalen

Laut Medienberichten verlangt die SP, dass der Bundesrat den sogenannten «sans-papiers», d.h. den sich illegal und ohne gültige Einreise- oder gar Aufenthaltspapiere in der Schweiz aufhaltenden Personen eine B-Bewilligung erteilt, sofern sie sich lediglich mindestens ein Jahr (illegal!) in der Schweiz aufgehalten haben. Mit anderen Worten: Bis zu 300'000 Personen würden damit eine endgültige Aufenthaltsbewilligung erhalten. Mit dem damit verbundenen Recht auf Familiennachzug würde die ausländische Bevölkerung in der Schweiz mit Sicherheit um über eine weitere Million steigen. Die Schweizer Demokraten protestieren mit aller Schärfe gegen diesen neuesten Versuch der Sozialisten die Schweiz zu zerstören. Die SD hoffen, dass der Bundesrat für einmal einer extremen Forderung der Schweizerhasser gegenüber Härte zeigen wird. Sollte der Bundesrat jedoch der SP-Forderung nachgeben, sind ein Referendum der Schweizer Demokraten und ein höchstwahrscheinlich klares Nein des Schweizervolkes vorprogrammiert.

Dragan Najman, Grossrat,
Pressechef SD Schweiz

SD-Geschenkabonnemente

Ich übernehme hiermit _____ * Expl.
(*gewünschte Anzahl bitte einsetzen)

Geschenkabonnement(s) für ein Jahr

- Ich überlasse die Wahl des Beschenkten der SD-Redaktion
 Ich wünsche als Empfänger eine sozial bedürftige Schweizer Familie
 Als Empfänger wünsche ich einen Jugendlichen
 Als Empfänger wünsche ich einen bedürftigen Rentner

Gratis-SD-Zusatzexemplare

Ich erkläre mich hiermit bereit _____ * Expl.
(*gewünschte Anzahl bitte einsetzen)

Zusatzexemplare unserer Parteizeitung **kostenlos** zu verteilen

Rechnungsanschrift:

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

SD 
Schweizer Demokraten